

# LEUCHTLINIE

Beratung für Betroffene von rechter Gewalt  
in Baden-Württemberg



2016  
**Wirkungs-  
bericht**

**DOSSIER**

Rechte Gewalt -  
Die Sicht der Opfer

## Impressum

LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Herausgeber:  
Heval Demirdögen  
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V., TGBW.

Gestaltung: Boris Willi

Redaktion: Werner Schulz

Stuttgart, Dez. 2016

Gefördert durch:



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

**lpb**

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Im Rahmen des  
Landesprogramms:

**DEMOKRATIE  
STÄRKEN**

Begleitet durch:



JUGEND-  
STIFTUNG  
BADEN-  
WÜRTTEMBERG

Trägerin:

**Türkische Gemeinde in  
Baden-Württemberg e.V.**



## Liebe Leserin und lieber Leser,

zu den erschütternden Wahrheiten, die nach der NSU-Mordserie allmählich ans Licht kamen, zählt die bittere und beschämende Erkenntnis, dass sich ausgerechnet die Opfer der brutalen Gewalt am Ende allein gelassen und ausgegrenzt fühlen mussten.

Der Ruf nach Konsequenzen aus den Vorgängen rund um die NSU-Morde war und ist unüberhörbar – und einige wichtige und sichtbare Gegenmaßnahmen wurden im Land umgesetzt. Zu ihnen zählt die Etablierung der Hilfestelle „LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffenen von rechter Gewalt in Baden-Württemberg“. Seit Ende 2015 haben wir damit eine unverzichtbare Anlaufstelle, die sich an die Seite der Betroffenen stellt und auch immer wieder die Perspektive der Opfer in die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Gewalt und dem Hass der extremen Rechten einbringt.

Wir freuen uns, dass nach dem Ausschreibungsverfahren die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg zusammen mit dem „Büro- und Aktionsnetzwerk der Vielfalt“ den Zuschlag für die Trägerschaft der Opferberatungsstelle erhielt. Es ist ein sehr bedeutendes Signal, wenn mit der TGBW eine migrantische Organisation die Trägerschaft für LEUCHTLINIE ausübt. Dass eine Organisation aus der Gruppe potenziell Betroffener von rechter Gewalt diese Hilfeleistung umsetzt, ist bundesweit einmalig und beachtenswert.

Als Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg danke ich dem Sozialministerium Baden-Württemberg, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesprogramm „Demokratie stärken!“ für das in uns gesetzte Vertrauen und für die Unterstützung.

Mit dem hier vorliegenden ersten Wirkungsbericht möchten wir die im Jahr 2016 geleistete Aufbauarbeit dokumentieren und die praktische Beratung beschreiben. Nicht die Täter stehen im Fokus, sondern deren Opfer. Ihnen gebührt Empathie und Aufmerksamkeit. Diese Grundhaltung der Beratungsstelle LEUCHTLINIE kommt auch auf den Seiten dieses Wirkungsberichts zum Ausdruck, in dessen Mittelpunkt wir sehr bewusst ein Dossier unter der Überschrift „Rechte Gewalt – Die Sicht der Opfer“ gestellt haben.

Mit viel Engagement und fachlicher Kompetenz unterstützen die LEUCHTLINIE-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Betroffenen darin, ihre Rechte wahrzunehmen, die Folgen des jeweiligen Angriffs zu bewältigen, Handlungsperspektiven zu gewinnen und stützende Sozialkontakte zu finden. Für diese Leistung danke ich dem gesamten LEUCHTLINIE-Team.

Herzlich Ihr

**Gökay Sofuoğlu**

Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.

## Inhalt

„Eine Antwort auf die Verbrechen des NSU“ – LEUCHTLINIE-Geschichte	4
„Wie eine große Umarmung“ – LEUCHTLINIE-Beratungspraxis	8
Auf Verdachtsfälle aktiv zugehen – LEUCHTLINIE-Monitoring	10
Qualitätsstandards, Profile, Weiterbildungen – LEUCHTLINIE-Qualifizierung	12
Rechte Szene in Baden-Württemberg 2016 – Ein Rückblick	14
„Gemeinsam stark!“ – Der LEUCHTLINIE-Beirat	35
LEUCHTLINIE in den Medien	36
Literaturhinweise	38
<b>LEUCHTLINIE – Dossier:</b>	
Die Sicht der Opfer	17
„Selber schuld“ – Wie Täter ihre Opfer sehen	18
„Wie kann es sein, dass Menschen drei Mal zum Opfer werden“ – Eine Erinnerungsveranstaltung an die Verbrechen des NSU	22
„Enver Simsek war ein reines Opfer, er war kein halber Täter“ – Der Alptraum der Familie Simsek	24
Mehr Opfer – weniger Aufmerksamkeit: Angriffe auf Geflüchtete und ehrenamtliche Helfer	26
Wohnungs- und Obdachlose als Opfer von sozialdarwinistischer Gewalt	28
„Warum sagen mir alle „Opfer“?“ – Der Begriff Opfer in der Alltagssprache	31

# Eine Antwort auf die Verbrechen des NSU

LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Von Heval Demirdögen



Seit dem 1. Oktober 2015 wurde mit LEUCHTLINIE erstmals ein spezifisches Beratungsangebot für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg aufgebaut. Zum 1. Januar 2016 wurde offiziell mit der Beratungsarbeit begonnen. Wie wichtig die spezifische Beratung<sup>1</sup> für unsere Klient\_innen war, zeichnete sich bereits frühzeitig in der LEUCHTLINIE-Beratungspraxis ab. Nach inzwischen mehr als einem Jahr der intensiven Projekt- und Beratungsarbeit stellen wir mit diesem Wirkungsbericht Ergebnisse und Erkenntnisse der Öffentlichkeit vor. Ergänzt wird die Dokumentation unserer Arbeit durch ein Dossier, das sich einem leider oft vernachlässigten Thema widmet: der Perspektive der Betroffenen(gruppen) rechter Gewalt.

Der entscheidende politische Wille, durch die Bereitstellung von Landesmitteln eine Fachstelle Opferberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt auch in Baden-Württemberg einzurichten<sup>2</sup>, ist zweifellos durch die Erschütterung eines Ereignisses ausgelöst worden, das in der jüngeren bundesdeutschen Geschichte als kollektives Mahnmal unvergessen bleiben wird. Nach der Enttarnung der rechtsterroristischen Vereinigung mit der Selbstbezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) am 4. November 2011, gingen zahlreiche parlamentarische Untersuchungsausschüsse<sup>3</sup> im

Bund und in den Ländern der Frage nach, wie der NSU jahrelang ungehindert Menschen aus rechten, rassistischen und antisemitischen Motiven heraus umbringen und Anschläge verüben konnte.

## Den Täter\_innen auf der Spur

Die Ausschüsse nahmen im Zuge der Aufarbeitung des NSU vor allem die Täter\_innen und mögliche Unterstützer\_innen in den Fokus ihrer Arbeit. Sie befassten sich so auch mit der beunruhigenden Frage nach der Verantwortlichkeit bzw. den Verantwortlichen innerhalb staatlicher Stellen. Der schwere Vorwurf lag in der Luft, dass die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern die Militarisierung der bundesweiten extrem rechten Szene unterschätzt haben. Auch die Bildung einer rechtsterroristischen Untergrundorganisation und die von ihr ausgehende Gefahr ab den späten 90ern wurden nicht erkannt – mit fatalen Folgen, wie wir heute wissen, für die Hinterbliebenen, aber auch für die Gültigkeit der Werte unserer Gesellschaft.

Dabei wiesen bereits die (extrem) rechten Übergriffe in Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), sowie die Mordanschläge in Mölln (1992) und Solingen (1993) auf einen dramatischen Anstieg der Gewaltanwendung bis zum Äußersten und eine deutliche Militarisierung der (extrem) rechten Szene hin. Auch die Mobilisierung gewaltbereiter Jugendlicher für die Neonaziszene zeigte sich in Deutschland ab dem Jahr 1993 durch die Aktivitäten des extrem rechten Netzwerkes „Blood & Honour“.

Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen mit dem NSU auseinander.

1 Arbeitsgrundsätze von LEUCHTLINIE über folgenden Link erreichbar:

[www.leuchtlinie.de/sites/default/files/leuchtlinie\\_arbeitsgrundsaeetze\\_juli\\_2016.pdf](http://www.leuchtlinie.de/sites/default/files/leuchtlinie_arbeitsgrundsaeetze_juli_2016.pdf)

2 vgl. [www.demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/aktuelles/artikel/22700/](http://www.demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/aktuelles/artikel/22700/)

3 Anmerkung: Bisher setz(t)en sich die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Bundes und der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen,

Noch bis zum seinem Verbot im Jahr 2000 organisierte das Netzwerk im gesamten Bundesgebiet illegale Neonazi-Konzerte und den Vertrieb neonazistischer Musik. „Combat 18“ ist ein schwer bewaffneter, terroristischer Teil von „Blood & Honour“, der für zahlreiche Anschläge und Morde verantwortlich gemacht wird.<sup>4</sup>

Die enttarnten NSU-Mitglieder und weitere Personen aus deren Umfeld sozialisierten sich in dieser Szene, radikalisierten sich zu militanten Neonazis und formierten sich schließlich zur rechtsterroristischen Untergrundorganisation, die durch die Strategie des führerlosen Widerstandes endlich „Taten statt Worte“ folgen lassen wollte.<sup>5</sup> Das taten sie – mindestens – zehn Mal. Einmal auch in Baden-Württemberg: im April 2007 wurde in Heilbronn eine Polizistin als sogenannte „Repräsentantin des Staates“ das letzte bekannte Mordopfer der Rechtsterroristen. Wie stark und in welcher Weise die Kontakte und Bezüge des NSU zu den neonazistischen Kameraden in Baden-Württemberg gestrickt waren, wurde durch investigative Journalist\_innen bereits offengelegt.<sup>6</sup>

### Folgschwere Fehleinschätzungen

Die Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundes setzten sich in ihrer Arbeit mit der folgschweren Fehleinschätzung der Sicherheitsbehörden auseinander. In diesem Kontext wurde auch kritisch der Einsatz von Vertrauens- bzw. Verbindungspersonen (VP) aus der (extrem) rechten Szene beleuchtet. Sie wurden und werden noch heute aufgrund ihres direkten Zugangs in die entsprechende Szene als menschliche Quellen zur Informationsbeschaffung durch die Sicherheitsbehörden angeworben und für ihre Spitzeltätigkeit bezahlt. Viele V-Personen bewegten sich auch im engen Umfeld des NSU und viele unter ihnen sind selbst aufgrund von rechts-, rassistisch oder antisemitisch motivierter Gewaltdelikte straffällig geworden. Zu einer frühzeitigen Entdeckung des NSU, die später Menschenleben hätte retten können, trugen sie nicht bei – oder ihre Informationen wurden (un)wissentlich nicht im „rechten Licht“ gesehen.

Auch im Münchner Gerichtsverfahren wird weiterhin über Schuld und Strafzumessung des mutmaßlich einzig verbliebenen NSU-Mitglieds und den Unterstützer\_innen verhandelt. Die Mehrheit der deutschen Print- und TV-Medien verfolgt und dokumentiert seit Beginn den Prozess der Aufarbeitung durchaus kritisch und mit einer für die Medienbranche unüblichen Ausdauer. Mit einigen investigativen Berichten und Filmbeiträgen trugen engagierte Journalist\_innen, Filmemacher\_innen und Autor\_innen auch direkt zur Aufarbeitung bei. Die rassistische Berichterstattung vergangener Tage, wie beispielsweise über die sogenannten „Döner-Morde“, lässt sich hierdurch dennoch nicht vergessen machen.

### Misstrauen gegenüber dem Aufklärungswillen staatlicher Organe

Die Hoffnung auf eine völlige Aufklärung, die alle Verantwortlichen beim Namen nennt und den intensiven gesellschaftlichen Diskurs über Diskriminierung, Rassismus und rechte Gewalt vo-

ranreibt, scheint durch die verblässende Erinnerung zu schwinden. Diese Wahrnehmung zeigte sich auch bei einer LEUCHTLINIE-Abendveranstaltung in Stuttgart im November 2016. Unter dem Titel „5 Jahre nach der Aufdeckung des NSU (siehe Seite 22)“ schilderten die Teilnehmenden der Veranstaltung vor allem aus der Perspektive potenzieller Betroffenen das Gefühl der Entsolidarisierung mit bestimmten Menschengruppen und das große Misstrauen gegenüber dem Aufklärungswillen staatlicher Organe.

Durch die bisherige Arbeit der Untersuchungsausschüsse, der Aussagen von Zeug\_innen im Münchner Gerichtsverfahren, der Berichte investigativer Journalist\_innen, sowie durch den Einsatz zivilgesellschaftlich engagierter Menschen und Organisationen, konnten – trotz aller Widerstände – einige Aspekte der Fragen nach den Hintergründen des NSU aufgearbeitet werden. Zu verstehen galt es, aus welcher kaltblütigen Motivation heraus die Täter\_innen agierten. Die Legitimation für rechtsmotivierte Gewalttaten speisten die Mitglieder des NSU, wie auch andere (extrem) Rechte, aus einer menschenverachtenden Ideologie<sup>7</sup>, die eine Ablehnung, Abwertung und Vernichtung „anderer, unwertiger“ Menschengruppen begründet. In seinem Beitrag „... selber Schuld! – Wie Täter ihre Opfer sehen“ (siehe Seite 18) setzt sich Prof. Dr. Kurt Möller mit der Tätersicht im Kontext rechter Gewalt auseinander.

In Folge der Aufarbeitung wurde die (extrem) rechte Szene in Deutschland beleuchtet, die von ihr ausgehende Gefahr neu bewertet. Es folgten Verbote gegen (extrem) rechte Vereinigungen und terroristische Organisationen. Auch in Baden-Württemberg sind (extrem) rechte Gruppierungen und Strukturen weiterhin etabliert<sup>8</sup>, über die der Experte Lucius Teidelbaum in seinem Rückblick „Rechte Szene(n) in Baden-Württemberg 2016“ (siehe Seite 14) berichtet. Die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern wurden finanziell stärker ausgestattet und die länderübergreifende Zusammenarbeit intensiviert. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“<sup>9</sup> wurden Maßnahmen zur Förderung von Präventionsprojekten gegen „Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ergriffen. In unterschiedlichen Ebenen und Bereichen ist die Wirkung der Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundes<sup>10</sup> mittlerweile sicht- und spürbar.

### Bewusste Ablehnung von Vielfalt

Eine Ebene der Verantwortlichkeit wurde allerdings bisher nur wenig bis gar nicht aufgearbeitet. Nach der tiefgreifenden und bis heute nachwirkenden Erschütterung, die unsere Gesellschaft durch die abscheulichen Taten des NSU erfahren hat, folgte bisher nur in einem unzureichenden Maße die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung. Zentrale Fragen, wie Derartiges inmitten unserer Gesellschaft geschehen konnte und was zukünftig gegen menschenfeindliche Einstellungen, Ideologien

4 vgl. Röpke, Andrea / Speit, Andreas (2013): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Christoph Links Verlag GmbH, Berlin

5 vgl. Quent, Matthias (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Beltz Juventa, Weinheim

6 vgl. Aust, Stefan / Laabs, Dirk (2014): Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. Pantheon Verlag, München | vgl. Förster, Andreas (Hrsg.): Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur (2014). Klöpfer und Meyer, Tübingen | vgl. Funke, Hajo (2015): Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung. Kontur-Verlag, Münster

7 vgl. Frindte, Wolfgang / Geschke, Daniel / Haußecker, Nicole / Schmidtke, Franziska (Hrsg.): „Rechtsextremismus und Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen (2016). Springer VS, Wiesbaden

8 vgl. Möller, Kurt (2015): Überblick über die Strukturen und Entwicklung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus in Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum (01.01.1992 bis heute). Phänomene, Hintergründe und Handlungsempfehlungen (Gutachten für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags Baden-Württemberg)

9 Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ über folgenden Link erreichbar: [www.demokratie-leben.de](http://www.demokratie-leben.de)

10 Beschlussempfehlung und Bericht des ersten NSU-Bundesuntersuchungsausschusses über folgenden Link erreichbar: [dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf)



der Ungleichwertigkeit, rechtsmotivierte Anfeindungen und Gewalt präventiv unternommen werden kann, greifen bisher noch zu wenig oder nur unspezifisch in unsere aktuelle Lebenswirklichkeit.<sup>11</sup> Vor dem Hintergrund des NSU und des Engagements gegen eben jene menschenfeindlichen Einstellungen und gegen rechtsmotivierte Gewalt ist beispielsweise das bundesweite Erstarken einer rechtspopulistischen Partei eindeutig auch als eine bewusste Ablehnung von Vielfalt und Abwertung des „Anderen“ zu verstehen.

Wie konkret sich Ablehnungseinstellungen in Anfeindungs-handlungen umschlagen können, zeigte sich im Jahr 2016 beispielsweise in der hohen Anzahl an rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte. Medienberichten<sup>12</sup> zufolge warnt das Bundeskriminalamt (BKA) in seinem vertraulichen Bericht „Straftaten gegen Asylunterkünfte“ vor der Gefahr der rechten Gewalt und führt vor allem Geflüchtete als Opfer rechter Übergriffe auf. Für das Jahr 2016 wurden insgesamt 970 „Straftaten gegen Asylunterkünfte“ verzeichnet, die den bedrohlichen Trend des Vorjahres (2015: 1031) bestätigen. Die „Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle“, die von der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl bereitgestellt wird, führt deutlich höhere Zahlen an.<sup>13</sup> Wie stark Geflüchtete von rechter Gewalt in Baden-Württemberg betroffen sind, schildert Séan McGinley in seinem Beitrag „Mehr Opfer – weniger Aufmerksamkeit“ (siehe Seite 26). Mittlerweile sind auch vermehrt Politiker\_innen in das Fadenkreuz rechtsmotivierter Gewalt geraten. Gemäß vorläufiger Zahlen des BKA wurden Politiker\_innen im Jahr 2016 insgesamt 755 Mal Opfer von rechtsmotivierten Übergriffen.<sup>14</sup>



### „Die Welt zu Gast bei Freunden!“

Als in Deutschland im Juni 2006 offiziell das Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden!“ zur Fußball-Weltmeisterschaft verkündet wurde, erstmals das Tragen deutscher Fahnen nicht einem Tabubruch gleichkam, die Nationalmannschaft als ein Musterbeispiel gelungener Integration gefeiert wurde, da lag das Ende der NSU-Mordserie an damals neun Menschen mit Migrationshintergrund gerade erst zwei Monate zurück. Noch im Mai und Juni 2006 veranstalteten die Hinterbliebenen und Unterstützer\_innen Schweigemärsche und sprachen von rassistischen Motiven

11 vgl. Möller, Kurt / Schuhmacher, Nils (2015): Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg. Eine Expertise im Rahmen des „Zukunftsplan Jugend“

12 Medienbericht über folgenden Link erreichbar:

[www.tagesschau.de/inland/bka-asylunterkuenfte-103.html](http://www.tagesschau.de/inland/bka-asylunterkuenfte-103.html)

13 Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle in Deutschland über folgenden Link erreichbar: <https://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

14 Medienbericht über folgenden Link erreichbar:

<http://web.br.de/interaktiv/angriff-auf-die-demokratie/>

der Mordserie.

Diese Themen gingen allerdings im Rausch der Fußball-Weltmeisterschaft und der gesamtgesellschaftlichen Selbstwahrnehmung unter. Wie sehr die Hinterbliebenen, neben der Trauer und dem Schmerz über die ermordeten Angehörigen, durch die rassistische Berichterstattung und Ermittlungsarbeit der Polizei die mehrfache Viktimisierung<sup>15</sup> erfuhren, schildert eindrucksvoll der Beitrag „Enver Şimşek war ein reines Opfer, er war kein halber Täter!“ (siehe Seite 24) von Peter Schwarz. Wie sich die Verwendung des Begriffs „Opfer“ in der Alltagssprache gewandelt hat, schildert Werner Schulz (siehe Seite 31). Geradezu tragisch ist die Tatsache, dass anlässlich der Weltmeisterschaft in unserem Land die FIFA mit ihrer Kampagne „Say no to racism“ ein deutliches und weltweites Zeichen gegen Rassismus setzen wollte. Vor dem Hintergrund dieser weit verbreiteten Erinnerung, die geprägt war von Freude und Glückseligkeit, stellen sich weiterhin diese Fragen:

- Warum waren wir in den Momenten der Trauer und in der Phase, als durch die Schweigemärsche der Hinterbliebenen die Verbrechen öffentlich gemacht wurden, nicht mit unserer Solidaritätsbekundung an ihrer Seite?
- Wie konnte es sein, dass wir als Gesellschaft über die Jahre hinweg die rassistisch motivierte Mord-Serie nicht als solche wahrgenommen haben?
- Was hätten wir an Hilfe und Unterstützung von dieser Gesellschaft eingefordert, wenn wir von rechter Gewalt betroffen wären?

### An der Seite der Betroffenen

Nach den pogromartigen Übergriffen und Anschlägen in den 90ern wurden Opferberatungsstellen verstärkt in den neuen Bundesländern aufgebaut. Mit der Erfahrung aus der Beratungsarbeit und der Auseinandersetzung mit rechter Gewalt trugen die ostdeutschen Beratungsstellen maßgeblich zur Professionalisierung dieser spezifischen Beratung<sup>16</sup> bei. Das Netzwerk der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland<sup>17</sup> führte bundesweit anerkannte „Qualitätsstandards für eine professionelle Beratung“<sup>18</sup> ein, die Spezifika rechter Gewalt definiert, Ziele und Arbeitsprinzipien beschreibt und Schlüsselprozesse beleuchtet. An diesen Qualitätsstandards orientiert sich LEUCHTLINIE und baute unter der Berücksichtigung landesspezifischer Hilfs- und Unterstützungsstrukturen ihr Beratungsnetz auf, um für Betroffene auch Vor-Ort-Anlaufstellen und Beratung zu ermöglichen. Im Rahmen einer Weiterbildung wurden in drei Durchläufen weitere Berater\_innen mit entsprechender Qualifikation für eine Beratungstätigkeit geschult. Einen gesonderten Einblick über die LEUCHTLINIE-Qualitätsstandards ermöglicht der Beitrag „Qua-

15 vgl. Böttger, Andreas / Lobermeier, Olaf / Plachta, Katarzyna (2014): Opfer rechtsextremer Gewalt. Springer VS, Wiesbaden | vgl. Bozay, Kemal / Aslan, Bahar / Mangitay, Orhan / Özfirat, Funda (2016): Die haben gedacht, wir waren das. Migranten über rechten Terror und Rassismus. PapyRossa Verlag, Köln | vgl. John, Barbara (Hrsg.): Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet (2016, 2. Auflage). Verlag Herder, Freiburg im Breisgau

16 vgl. Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt (2015, 2. Auflage). Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster

17 Anmerkung: Im September 2014 wurde der Bundesverband unabhängiger Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland (VBRG e.V.) gegründet. Er koordiniert die Vernetzung der Beratungsstellen, vertritt deren gemeinsame Interessen und unterstützt den flächendeckenden Aufbau und Ausbau unabhängiger fachspezifischer Beratungsstrukturen.

18 „Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung“ über folgenden Link erreichbar: <http://verband-brg.de/images/qs.pdf>

litätsstandards, Anforderungsprofile, Weiterbildungen“ (siehe Seite 12) von Christine Uhlmann.

### **Jahr 2016: 141 Vorfälle von rechter Gewalt**

Das mobile Beratungsteam, bestehend aus Mitarbeiter\_innen unterschiedlicher Fachrichtungen, die in der landesweiten Fach- und Koordinierungsstelle in Stuttgart ihren Sitz hat, hat bereits im ersten Beratungsjahr insgesamt 115 Menschen (!), die von rechter Gewalt betroffenen waren, beraten. Die häufigsten Gewalttaten, unter denen die Beratenen zu leiden hatten, waren Beleidigungen, Bedrohungen/Nötigungen und Körperverletzungen. Auch Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurden häufig berichtet. In Einzelfällen berichteten die Beratenen auch von Sachbeschädigungen und Brandstiftungen. Wie wichtig diese spezifische Beratung ist, zeigt eine Rückschau über die Erfahrungen im Beratungskontext, die im Beitrag „Wie eine große Umarmung“ (siehe Seite 8) von Jochen Kramer geschildert werden.

Durch das eigene LEUCHTLINIE-Monitoring wurden insgesamt 141 Vorfälle von rechter Gewalt erfasst, die vor allem die Gefährdungslage von Geflüchteten, Menschen mit Migrationshintergrund, politisch und zivilgesellschaftlich Engagierten, sowie Menschen muslimischen Glaubens aufzeigt. Die Frage nach der jeweils zugrunde liegenden Motivation bei den Tätern lässt sich durch die Angaben der Betroffenen abschätzen. In 107 der Vorfälle ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein vermutetes Tatmotiv. Diese richtete sich in ca. zwei Drittel dieser Vorfälle gegen Menschen mit Migrationshintergrund (Rassismus, Islamfeindlichkeit, insbesondere Ablehnung von geflüchteten Menschen). Andere Tatmotive waren Ablehnung nicht heterosexueller Menschen, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus und die Ablehnung von politisch Andersdenkenden. Wie sehr bestimmte Betroffenengruppen dennoch kaum in den Blick der Öffentlichkeit geraten, zeigt Lucius Teidelbaum in seinem Beitrag „Wohnungs- und Obdachlose als Opfer sozialdarwinistischer Gewalt“ (siehe Seite 28) auf.

Das kontinuierliche Erfassen rechter Übergriffe in Baden-Württemberg ist eine weitere Aufgabe der LEUCHTLINIE. Dieses Monitoring zielt darauf ab, das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt darzustellen und als Chronik der Öffentlichkeit aufzuzeigen. Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt legen dabei andere Kriterien an, als es beispielsweise die Polizeidienststellen der Länder und des Bundes tun. Auch LEUCHTLINIE veröffentlicht in einer Chronik<sup>19</sup> Vorfälle rechter Gewalt in Baden-Württemberg. Sie ist über die eigene Homepage abrufbar und wurde auch in Veröffentlichungen<sup>20</sup> von Rechtsextremismus-Expert\_innen mitaufgeführt. Einzelne Vorfälle wurden beispielsweise auch im Rahmen einer Aktionswoche gegen Antisemitismus veröffentlicht. Gleichzeitig ermöglicht das Monitoring im Rahmen der Fallrecherche, Betroffene proaktiv anzusprechen, wie Andreas Hässler in „Auf Verdachtsfälle aktiv zugehen“ (siehe Seite 10) zu berichten weiß.

### **Bundesweit einmalig: Migrantische Organisation als Trägerin der Beratungsarbeit**

Über das Landesprogramm der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg „Demokratie stärken! Baden-Württemberg gegen Menschenfeindlichkeit und Rechts-

extremismus“<sup>21</sup> wurden für die Einrichtung einer landesweiten Opferberatung erstmals Landesmittel ausgeschrieben und bereitgestellt. Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (TGBW)<sup>22</sup> und das „Büro und Aktionsnetzwerk der Vielfalt“ überzeugten im Rahmen der Ausschreibung mit ihrem Konzept eine Fachjury und erhielten den Umsetzungsauftrag für die landesweite Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer Gewalt in Baden-Württemberg.

Die TGBW ist ein überparteilicher und unabhängiger Verein, der sich dem Gebot der Gleichheit und des Respekts gegenüber allen Religionen und dem Ziel einer offenen und pluralistischen Kultur verpflichtet sieht. Im „Büro- und Aktionsnetzwerk der Vielfalt“ haben sich neben der TGBW auch weitere soziale und kulturelle Vereine und Organisationen zusammengeschlossen, die auf dieser Plattform gemeinsam neue Projekte umsetzen. Zentrale Themenschwerpunkte sind Vielfalt, Inklusion, Integration, Konzepte und Angebote für geflüchtete Menschen, Beteiligung, gesellschaftliche Mitbestimmung, Antidiskriminierung sowie Gewaltprävention.

Über das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg wurde LEUCHTLINIE gefördert und im Rahmen der Qualitätssicherung durch die Jugendstiftung begleitet. Als Fachstelle Opferberatung ist LEUCHTLINIE an das Demokratiezentrum Baden-Württemberg<sup>23</sup> angebunden. Vor dem Hintergrund der Mord-Serie des NSU ist die Tatsache, dass mit der TGBW erstmals eine migrantische Organisation die landesweite Beratung für Betroffene rechter Gewalt betreibt, ein starkes Symbol, das innerhalb der migrantischen Communities und von anderen potentiellen Betroffenen Gruppen wahrgenommen wird. Vertreter\_innen dieser Gruppen begleiten LEUCHTLINIE im Rahmen eines Beirats. Einen Einblick in die Arbeit des Beirats, der in dieser Form bundesweit einmalig ist, gibt Manuela Rukavina in ihrem Beitrag „Gemeinsam stark!“ (siehe Seite 35).

Abschließend gilt es nach dem ersten Beratungsjahr den Dank zum Ausdruck zu bringen, gegenüber den Menschen und Netzwerk- und Kooperationspartner\_innen, die sich auf unterschiedlichste Art und Weise in Zusammenarbeit mit LEUCHTLINIE für die Betroffenen eingebracht und eingesetzt haben. Die Liste ist zu lang, um sie in einer vollständigen Aufzählung hier darzustellen.

Auch die Menschen, die rechte Gewalt erfahren haben, erhielten Rückmeldungen, Zuspruch und Unterstützung. Sie konnten positiv erfahren, dass es viele Menschen, Initiativen, Vereine, Organisationen, Einrichtungen und Kommunen gibt, die sich mit den Betroffenen solidarisieren, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung anbieten und gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt zivilgesellschaftlich einsetzen. Vielen Dank ihnen allen für ihr Engagement!

### **Über den Autor**

Heval Demirdögen ist Leiter der Beratungsstelle LEUCHTLINIE.

19 „Chronik rechter Vorfälle“ über folgenden Link erreichbar: [www.leuchtlinie.de/chronik](http://www.leuchtlinie.de/chronik)

20 Röpke, Andrea (2017): 2017 Jahrbuch rechte Gewalt. Knaur Verlag, München

21 Landesprogramm „Demokratie stärken!“ Baden-Württemberg gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus über folgenden Link erreichbar:

[www.lpb-bw.de/fb\\_demokratie\\_staerken.html](http://www.lpb-bw.de/fb_demokratie_staerken.html)

22 Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V. über folgenden Link erreichbar:

[www.tgbw.de](http://www.tgbw.de)

23 Demokratiezentrum Baden-Württemberg über folgenden Link erreichbar:

[www.demokratiezentrum-bw.de/](http://www.demokratiezentrum-bw.de/)

# „Wie eine große Umarmung“

Die Menschen, die bei LEUCHTLINIE Beratung und Hilfe suchen, bringen sehr unterschiedliche Gewalterfahrungen und Anliegen mit.

Von Jochen Kramer



„Ich hörte nur, wie jemand ‚Lauf Schwarzer‘ rief, dann wurde mir mit einer Schreckschusspistole ins Gesicht geschossen. Ich finde seither nicht mehr zur Ruhe.“

„Die Nachbarn machen uns das Leben zur Hölle. Wir werden als ‚Zigeuner‘ beschimpft und bespuckt. Unsere Kinder trauen sich nicht mehr aus der Wohnung.“

„Meine Pflegekinder wurden am Bahnhof von zwei ortsbekanntem ‚Reichsbürgern‘ angegriffen. Wir haben uns hier im Ort immer sehr wohl gefühlt. Jetzt fühlen wir uns nicht mehr sicher.“

„Ein Nachbar, der seiner Kleidung nach zu urteilen rechter Gesinnung ist, verfolgte mich mit seinem Hund, drängte mich in meine Wohnung zurück, bespuckte mein Auto. Er hat sogar damit gedroht, mich umzubringen. Ich habe Presse und Anwalt eingeschaltet. Ich möchte, dass das bekannt wird, was hier passiert und auch die Politik davon erfährt.“

„Ich wurde auf offener Straße zusammengeschlagen, weil ich mit einem Mann mit dunkler Hautfarbe verheiratet bin. Der Täter trifft sich seit damals mit einer Gruppe Gleichgesinnter vor unserem Haus. Sie beobachten und bedrohen uns. Für unsere Kinder haben wir einen Begleitschutz organisiert.“

Die genannten Zitate sind Aussagen von Betroffenen. Sie stehen als Beispiele für Gewalttaten, die Menschen in Baden-Württemberg

im Jahr 2016 erlebt haben und die sie mit Unterstützung der Beratungsstelle LEUCHTLINIE besser bewältigen wollen. Die von rechter Gewalt betroffenen Menschen, die wir unterstützt haben, gehören unterschiedlichen Gruppen an, gegen die sich rechte Ideologien richten: Menschen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen, Geflüchtete und ihre Unterstützer\_innen, homosexuelle Menschen und Menschen, die sich politisch gegen Rechts engagieren.

## Anliegen der Betroffenen

Ihre Anliegen und Bedürfnisse waren ganz unterschiedlich: Manche wollten das Geschehene psychisch besser verarbeiten und wieder zu Kräften kommen. Einige hatten die Gewalterfahrung so sehr erschüttert, dass sie Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltags benötigten. Für viele stand die Frage im Raum, wie sie wieder mehr Sicherheit erreichen können. Sie wünschten sich Kenntnisse in Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungstechniken und eine Verbesserung ihrer äußeren Sicherheit, z.B. durch Kontaktmöglichkeiten im Notfall oder breitere soziale Unterstützung vor Ort. Andere suchten Menschen, die ihnen den Rücken stärken, weil sie beispielsweise als Zeugin vor Gericht aussagen mussten. Wieder andere benötigten Lotsen durch das Hilfsnetzwerk von Behörden, psychosozialen Fachkräften oder Ärzt\_innen. Viele Menschen, die bei uns Rat gesucht haben, hatten auch rechtliche Fragen. Sie wollten sich beispielsweise



darüber im Klaren werden, ob sie Anzeige erstatten sollen oder nicht. Oder sie fragten sich, wie sie Schadenersatz erlangen können. Manche benötigten rechtliche Unterstützung, weil sie selbst juristisch ins Fadenkreuz Rechtsgezinnter geraten waren: Die Strategie, Anzeigen wegen angeblich begangenen Fehlverhalten zu erstatten, wurde beispielsweise von Rechtsgezinnten genutzt, um eine geflüchtete Familie, die mit der deutschen Sprache und dem deutschen Rechtssystem nicht gut vertraut ist, zu tyrannisieren. Ebenfalls ein Anliegen von Beratungsnehmer\_innen war es, in ihrem Umfeld politisch eine Veränderung zu bewirken. Sie wollten erreichen, dass die Augen vor rechten Gewalttaten nicht verschlossen werden. So unterschiedlich wie die Anliegen war auch die Dauer der Beratungsprozesse: teilweise war nur ein Gespräch erforderlich, andere beschäftigten uns fast das ganze Jahr und sind noch nicht abgeschlossen.

### **Schritte im Beratungsprozess**

Wie sind wir bei der Beratung vorgegangen? Erster Schritt im Beratungsprozess ist die Kontaktaufnahme. Hier unterscheiden wir zwischen Anfragen, bei denen Betroffene auf uns zugegangen sind (Anruf über unsere Hotline, per E-Mail oder direkte Ansprache), und Anfragen, bei denen wir auf Betroffene zugegangen sind, weil wir über Dritte, etwa über die Medien, davon erfahren haben, was ihnen passiert ist. Wichtig ist anschließend, dass die Rahmenbedingungen für die Beratung passen: bei nicht mobilen Menschen haben wir einen Beratungstermin vor Ort vereinbart, andere wollten uns lieber in unseren Büroräumen besuchen. Zur Beratung von Menschen, die kein Deutsch sprechen, hat LEUCHTLINIE ein Netzwerk von Sprachvermittler\_innen, die wir schnell hinzuziehen können.

Da die Ziele und auch die Rahmenbedingungen für die einzelnen Beratungen sehr unterschiedlich sind, beginnen wir jeden Beratungsprozess mit einer ausführlichen Klärung dessen, was gewünscht wird, was vorgefallen ist und welche Ressourcen zur Bewältigung der Gewalterfahrungen zur Verfügung stehen. Wir überlegen dann gemeinsam mit den Ratsuchenden, wie wir von der LEUCHTLINIE am besten unterstützen können. Ganz wichtig ist uns dabei, die Ratsuchenden nach den erlebten Gewalt- und Ohnmachtserfahrungen wieder zu stärken. In dem, was wir tun, orientieren wir uns deshalb daran, was die Ratsuchenden selbst möchten. Wir verstehen uns als Anwält\_innen für ihre Anliegen und sprechen alle Schritte mit ihnen ab.

### **Netz der Unterstützung**

Generell waren die Beratungsanliegen und Bedürfnisse der Ratsuchenden so vielfältig, dass eine enge Zusammenarbeit von Verwaltungs- und Fachkräften unterschiedlicher Disziplinen aus verschiedenen Landesteilen Baden-Württembergs erforderlich war. Dabei haben die Ratsuchenden viel an Unterstützung erfahren, beispielsweise von Therapeut\_innen, Jurist\_innen, Polizist\_innen, Kampfsporttrainer\_innen, Politiker\_innen, ehrenamtlichen Betreuer\_innen geflüchteter Menschen, Sprachvermittler\_innen, Journalist\_innen, Aktionskreisen u.a.. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, war die Unterstützung, die die Ratsuchenden in ihrem persönlichen Umfeld, ihrer Familie, ihrem Freundeskreis erfahren haben.

Wir haben auch eng mit Interessenvertretungen der Gruppen zusammengearbeitet, die im Fokus rechter Gewalt stehen, beispielsweise dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Amnesty International Gruppen, der landesweiten LSBTTIQ Beratung des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg und der Beratungsstelle für Roma des Landesverbandes Baden-Württemberg der

Sinti und Roma. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil die Ratsuchenden in der Regel als (vermeintliche) Vertreter\_innen dieser Gruppen in den Fokus rechter Gewalt geraten sind. Auch haben sie oft ganz spezifische Bedürfnisse, da sie schon vor der Gewalterfahrung, die Anlass für die Beratung durch LEUCHTLINIE war, Diskriminierung und Ausgrenzung erlebten, insbesondere, wenn sie mehreren benachteiligten Gruppen angehören (z.B. als Migrantin und als Frau oder Kind Gewalt erfahren).

Allen, die die Betroffenen unterstützt und sich oft weit über das notwendige Maß hinaus engagiert haben, gilt unser Dank!

### **Gegen die Marginalisierung der Anliegen**

Dass diese Unterstützung keine Selbstverständlichkeit ist, mussten wir auch erleben. Vereinzelt waren wir nämlich damit konfrontiert, dass die Anliegen der Betroffenen in Frage gestellt wurden („Es gibt Menschen, denen geht es noch schlechter, stellt euch nicht so an.“ Oder: „Wieso sind Sie auch nachts allein auf die Straße gegangen.“) oder rechte Gewalttaten bagatellisiert wurden, zum Beispiel als Nachbarschaftsstreitigkeit. Dies schadete den Betroffenen nicht nur, da sie nicht die angemessene Hilfe erhielten, sondern ihnen wurden Schuldgefühle eingeredet und sie gerieten in den Verdacht, selbst Täter\_innen zu sein. Der Einsatz für Betroffene rechter Gewalt erforderte es deshalb, rechte Gewalttaten klar als solche zu benennen und gegen die Marginalisierung der Anliegen von Betroffenen rechter Gewalt einzutreten. Wir sind deshalb gerade dann skeptisch, wenn Gesellschaftsräume als frei von Rassismen dargestellt und konstruiert werden.

### **Qualitätsstandards und Fortbildungen**

Um den Beratungsprozess insgesamt mit hoher Qualität gewährleisten zu können, orientieren wir uns an den Qualitätsstandards des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG, 2015), die wir unseren Arbeitsgrundsätzen zu Grunde gelegt haben. Diese Qualitätsstandards und Fortbildungen für die Berater\_innen und Netzwerkpartner\_innen entwickeln wir zusammen mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Ganz wesentlich für die Qualitätssicherung ist, dass wir die Ratsuchenden regelmäßig um Rückmeldung bitten, um sicherstellen zu können, dass wir wirklich in ihrem Sinne handeln.

Die Rückmeldungen, die wir erhalten haben, zeigen uns, wie wichtig unser Einsatz für die Betroffenen ist und auch, dass wir mit unserem Konzept auf einem guten Weg sind. Wir fühlen uns bestärkt, wenn uns gesagt wird, dass Sicherheit, Zuversicht und Vertrauen wiedergewonnen werden konnten und unser Einsatz beispielsweise wie eine „große Umarmung“ empfunden wurde. Nicht verschwiegen werden soll, dass sich manche Ratsuchende eine noch weitergehende Unterstützung gewünscht haben, als wir bieten konnten. Diese Rückmeldung bestärkt uns darin, die Ressourcen für die Unterstützung Betroffener rechter Gewalt weiter auszubauen. Dazu gehört es auch, unser Netzwerk an Fachkräften landesweit in Baden-Württemberg zu vergrößern. Wir freuen uns, wenn sich diejenigen, die ihr berufliches Engagement auch zur Unterstützung betroffener rechter Gewalt einsetzen wollen, bei uns melden.

### **Über den Autor**

Dr. Jochen Kramer ist Projektkoordinator von LEUCHTLINIE und verantwortlich für den Arbeitsbereich Beratung.

# Auf Verdachtsfälle aktiv zugehen

Die „LEUCHTLINIE-Arbeitsgruppe Monitoring“ recherchiert Vorfälle rechter Gewalt und erstellt eine Chronik

Von Andreas Hässler

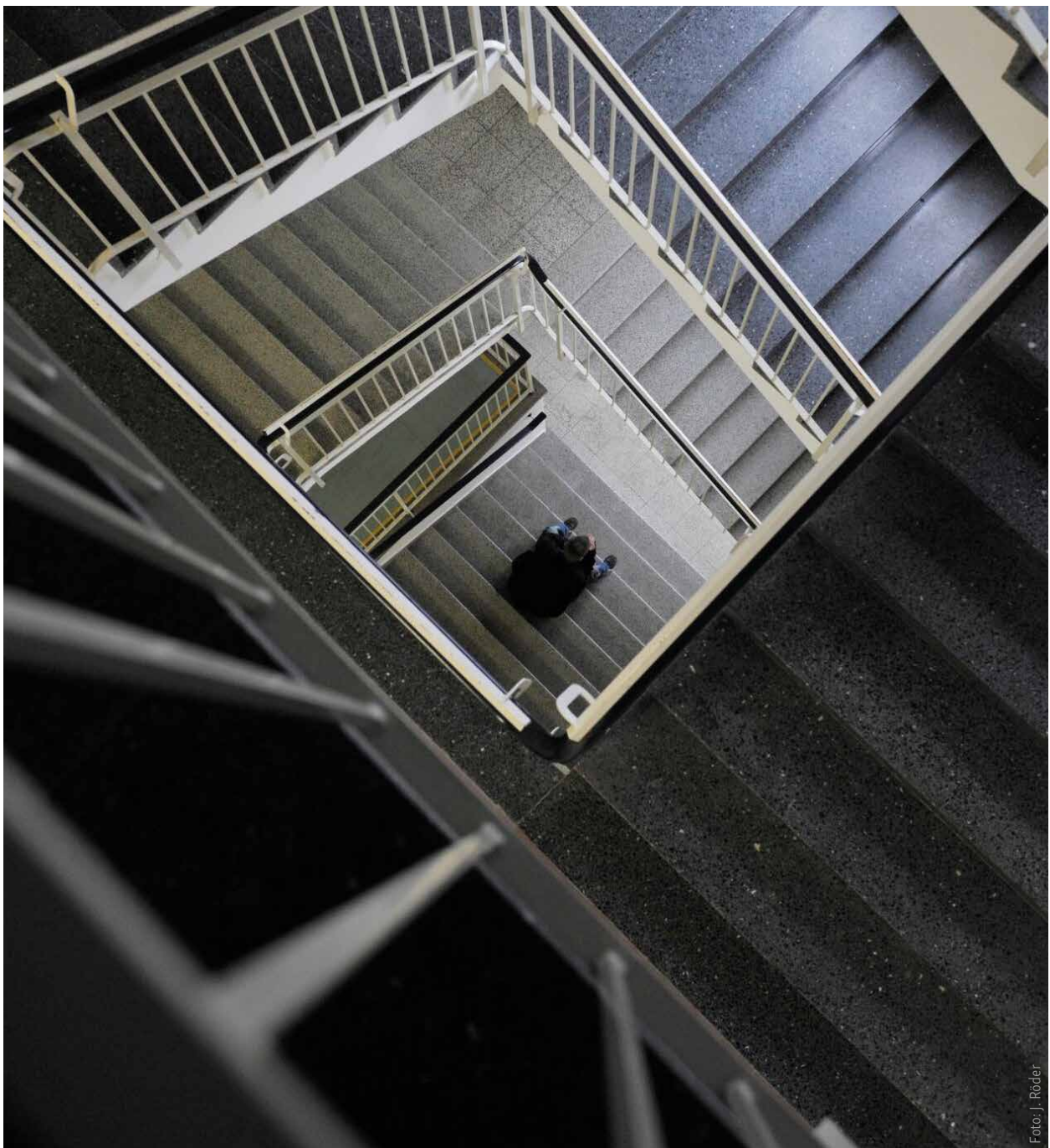


Foto: J. Röder

Betroffene von rechter Gewalt können sich über das Internet, telefonisch oder persönlich an die Beratungsstelle LEUCHTLINIE wenden. Was aber ist mit Betroffenen, die sich nach einer Gewalttat aus Angst, Scham oder anderen Gründen nicht trauen, Kontakt zu Berater\_innen aufzunehmen?

Für diese Gruppe kann die Hemmschwelle, ein wichtiges Hilfsangebot anzunehmen, durch ein proaktives Zugehen durch die Beratungsstelle gesenkt werden. Damit auf diese Weise ein erster Kontakt zu den Betroffenen aufgebaut werden kann, ist eine kontinuierliche und breite Recherche von Vorfällen rechter Gewalt in Baden-Württemberg notwendig. Die „LEUCHTLINIE-Arbeitsgruppe Monitoring“ übernimmt diese Recherche und gibt entsprechende Verdachtsfälle an die Fallberater\_innen weiter.

In der Fallrecherche werden Nachrichten aus der Presse, von der Polizei oder aus sozialen Netzwerken auf ein mögliches rechtes Tatmotiv hin überprüft. Hinzu kommen Meldungen aus Fachkreisen, die sich mit dem Themengebiet Rechtsextremismus beschäftigen. Ziel ist es, möglichst zeitnah auf die Vorfälle aufmerksam zu werden.

### Nicht alle Straftaten werden veröffentlicht

Diese Aufgabenstellung kann sich jedoch als schwierig erweisen, denn längst nicht alle Vorfälle erscheinen in den Medien. So zeigt etwa die Antwort des bayrischen Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen Mitte Dezember 2016, dass über die insgesamt 415 rechtsmotivierten Straftaten gegen Flüchtlinge in Bayern nur in 17% der Fälle eine Pressemitteilung veröffentlicht wurde. Es gibt zwar ermittlungstaktische Gründe für eine Nichtveröffentlichung einer Straftat. Diese erschweren aber auch das proaktive Zugehen auf die Betroffenen. Nach außen hin entsteht zudem ein verzerrtes Bild über das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt. Für Baden-Württemberg kann ebenfalls angenommen werden, dass nicht alle rechtsmotivierten Straftaten mit einer Pressemitteilung dokumentiert werden. Erfahrbar werden diese Straftaten dann erst – mit einiger zeitlicher Verzögerung – durch parlamentarische Initiativen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass rechte Gewalt bei der Anzeigenaufnahme als solche erkannt und benannt werden muss, damit dieser Umstand in einer Pressemitteilung zur Geltung kommt. Manchmal führen erst umfassende Ermittlungen dazu, dass eine rechte Tatmotivation ans Tageslicht kommt. Oder auch nicht.

Trotz sehr ähnlicher Kriterien, die von LEUCHTLINIE und vom Landeskriminalamt angelegt werden, können die Einschätzungen von Taten bezüglich einer rechten Tatmotivation auseinandergehen.

Dabei spielt bei LEUCHTLINIE die Wahrnehmung der Betroffenen eine große Rolle. So wurde etwa ein Fall rechter Gewalt in Weil am Rhein von der Polizei anfangs als Nachbarschaftsstreit gedeutet. Dass dieser Streit wegen der schwarzen Hautfarbe eines betroffenen Familienmitglieds ausbrach, wurde erst später berücksichtigt.

Die durch die Recherche gesammelten Fälle, sowie die Meldungen von Betroffenen und deren Angehörigen, finden jenseits der Beratungsangebote auch Eingang in eine Chronik der rechten Gewalt in Baden-Württemberg. In diese Chronik werden auch Fälle aufgenommen, die von den Betroffenen nicht zur Anzeige gebracht wurden. Ein Anliegen dieser Chronik ist es, das Ausmaß rechter Gewalt in Baden-Württemberg so umfassend wie möglich transparent zu machen, um somit eine gesellschaftliche Debatte über rechte Gewalt anzustoßen.

Gerade mit Blick auf die hohe Zahl von Straftaten gegen geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte hat sich gezeigt, dass eine solche Debatte für ein demokratisches Zusammenleben notwendig ist. Nach dem explosionsartigen Anstieg im Jahr 2015 zeigen die vorläufigen Zahlen für das Jahr 2016 zwar einen leichten Rückgang der Gewalttaten. Sie verharren dennoch auf einem vergleichsweise hohen Niveau – und das in einem gesellschaftlichen Klima, in dem Ausgrenzung und Rassismus deutlicher und unverhohlener geäußert werden. Darüber hinaus ist von einer nicht geringen Dunkelziffer auszugehen.

Neue Netzwerke gegen rechte Gewalt und der Ausbau bestehender Strukturen sollen helfen, diesem Dunkelfeld zu begegnen, damit möglichst allen Betroffenen rechter Gewalt ein Hilfsangebot unterbreitet werden kann. Durch eine stärkende und ermutigende Hilfestellung für Betroffene auf psychologischer, juristischer und sozialer Ebene kann der Spielraum rechter Gewalttäter\_innen eingengt werden. Wenn die Zahl rechter Gewalttaten infolgedessen abnimmt, wäre ein wichtiges Ziel der Arbeit von LEUCHTLINIE damit erreicht.

### Über den Autor

Andreas Hässler ist freier Mitarbeiter bei LEUCHTLINIE und verantwortlich für den Arbeitsbereich Monitoring.

Auszug aus der LEUCHTLINIE-Chronik über rechte Gewalt in Baden-Württemberg

144	LL 064	09.06.16	Weil am Rhein	LÖ	Anhänger von „Die Rechte“ beschimpfen und bedrohen Nachbarin und deren Mann (POC)	Rechtsextremismus	Übergriff auf Personengruppe
145		10.06.16	Schramberg	RW	Hakenkreuz und weitere Schmierereien	Rechtsextremismus	Schmiererei, Sachbeschädigung
146		10.06.16	Pforzheim	PF	Volkshetze § 130 StGB	Rechtsextremismus	Übergriff auf Personengruppe
147	LL 053	12.06.16	Reutlingen	RT	Zwei Männer greifen Marokkaner an	Rechtsextremismus	Übergriff auf Personengruppe
148	LL 054	12.06.16	Stuttgart	S	Mann schießt in Stuttgart mit Schreckschusswaffe auf schwarzen Passanten	Rechtsextremismus	Übergriff auf Personengruppe



# Qualitätsstandards, Anforderungsprofile, Weiterbildungen

Die Bereiche Qualitätssicherung und Qualifizierung sind sehr bedeutend für die LEUCHTLINIE-Beratungsarbeit

Von Christine Uhlmann



Die Entwicklung von Qualitätsstandards und Schulungen war von Beginn an eine zentrale Aufgabe des LEUCHTLINIE-Teams. Eigens hierfür eingerichtet wurde die „Arbeitsgruppe Qualitätssicherung“. Sie war damit beauftragt, Instrumente zur Qualitätssicherung sowie eine Schulungskonzeption für Berater\_innen zu erstellen und die Arbeit von LEUCHTLINIE kontinuierlich zu beobachten, zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Konkret wurden 2016 folgende Ziele umgesetzt:

## Formulierung von Standards der Beratung

In ihrer Beratungsarbeit orientiert sich LEUCHTLINIE an den Qualitätsstandards des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG, 2015), auf Grundlage derer folgende Arbeitsprinzipien formuliert wurden:

- Niederschwelligkeit
- Anonymität und Vertraulichkeit
- Parteilichkeit
- Unabhängigkeit
- Lösungs-, Ressourcen- und Auftragsorientierung
- Differenzsensibilität und Intersektionalität

Die Wahrnehmung der Betroffenen – also die Opferperspektive – ist für die Bewertung durch die Berater\_innen ausschlaggebend. Alltags- und Lebensweltorientierung sowie Empowerment sind die handlungsleitenden Elemente der Beratung.

Alle Beraterinnen und Berater verpflichten sich, gemäß den Qualitätsstandards von LEUCHTLINIE zu arbeiten. Diese werden im Basis-Schulungsmodul von LEUCHTLINIE vorgestellt, reflektiert und diskutiert.



## Erstellung eines Anforderungsprofils für Berater\_innen

Um als Berater\_in für LEUCHTLINIE tätig zu werden, ist eine berufliche Beratungstätigkeit oder der Ausbildungsnachweis zur Befähigung einer solchen notwendig. Die ausgeübte Beratungstätigkeit sollte sich auch an Betroffene rechter Gewalt richten.

## Entwicklung eines Orientierungsschemas für alle Berater und Beraterinnen

Das Orientierungsschema für die LEUCHTLINIE-Beratung soll eine Hilfestellung für die Berater\_innen sein. Es versteht sich nicht als fester und komplett abzuhandelnder Ablauf, sondern soll lediglich Impulse und Orientierung für eine wertschätzende, aktivierende Gesprächsführung geben. Dabei werden schrittweise alle wesentlichen Schlüsselprozesse und Aspekte eines Beratungsgesprächs abgebildet:

- Spezifika rechter Gewalt, sowie die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der verschiedenen Betroffenenengruppen
- psychosoziale und psychotraumatische Aspekte
- körperliche und medizinische Aspekte
- juristische Fragestellungen
- Möglichkeiten zur Unterstützung durch das Gemeinwesen

## Entwicklung von Instrumenten zur Evaluation und statistischen Erfassung der Beratungsfälle

Es wurde ein Statistikbogen entwickelt, mit dem die zentralen Daten zu allen durchgeführten Beratungsfällen erhoben und dokumentiert werden können. Die Dokumentation erfolgt anonym. Auf diese Weise sollen die LEUCHTLINIE-Fälle und die Beratungsnehmer\_innen statistisch erfasst, in ihren Gemeinsamkeiten und Besonderheiten analysiert und dokumentiert werden.

Die Berater\_innen bitten die Beratungsnehmer\_innen um ein persönliches Feedback während des Beratungsprozesses. Die Beratenen werden außerdem am Ende der Beratung darum gebeten, eine Rückmeldung zum gesamten Beratungsprozess zu geben. Dies kann telefonisch erfolgen oder mit Hilfe eines online abrufbaren Rückmeldebogens, der anonym ausgefüllt werden kann.

## Verankerung eines Beschwerdemanagements, um Fehlentwicklungen bei bestehenden Beratungsprozessen entgegenzuwirken

Für eventuell auftretende Unzufriedenheit während des Beratungsprozesses und bei Beschwerden unterstützt derzeit das Demokratiezentrum die Arbeit von LEUCHTLINIE und steht als externe Schlichtungsstelle zur Verfügung. Langfristig wird versucht, gemeinsam mit einer Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt aus einem anderen Bundesland zu kooperieren – im Gegenzug würde LEUCHTLINIE dann als Schlichtungsstelle in umgekehrter Richtung zur Verfügung stehen.

## Qualifizierung und Weiterbildung von Berater\_innen

Ein wesentliches Element der Qualitätssicherung sind Schulungen und kontinuierliche Weiterbildungen der Berater\_innen. Hierzu wurde ein verpflichtendes, eintägiges „Basis-Schulungsmodul LEUCHTLINIE“ konzipiert, das einmal im Quartal angeboten wird. Ziele sind neben dem Kennenlernen der Konzeption und des Teams der Koordinierungsstelle v.a. die vertiefte Auseinandersetzung mit den einzelnen Facetten des Beratungs-

schemas. Insbesondere die Spezifika rechter Gewalt, sowie die aktuellen Gruppierungen und Vorfälle in Baden-Württemberg und der Themenbereich „Rechtliche Fragestellungen“ werden ausführlich thematisiert und von externen Referent\_innen begleitet.

Am Ende des Schulungstages steht der Blick auf die Situation im Landkreis vor Ort und die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit, die in einem Kooperationsvertrag festgehalten wird.

Das LEUCHTLINIE-Basismodul ist ein Modul im Fortbildungsangebot des Demokratiezentrums. Hier können von den LEUCHTLINIE-Berater\_innen auch andere Module besucht und somit weitere Interessensgebiete bzw. Themen, die vertieft werden sollten, besucht werden. Darüber hinaus werden Supervisions- und Interventionsangebote eingerichtet.

## Supervision, Weiterbildung und Wissensmanagement bei den Mitarbeiter\_innen

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) bietet bundesweite Fortbildungen, Fachdiskurse, sowie Beratungs- und Austauschmöglichkeiten der verschiedenen Beratungsstellen an. Darüber hinaus werden die Weiterbildungsangebote und Fachtagungen des Demokratiezentrums gerne in Anspruch genommen. Von den besuchten Fortbildungen berichten die Mitarbeiter\_innen regelmäßig im Kollegium, geben wichtige Inhalte weiter und sprechen Empfehlungen aus. Kollegiale Fallberatungen und Supervisionen sind wichtige Elemente der Arbeit der Fach- und Koordinierungsstelle.

### Über die Autorin

Christine Uhlmann ist Projektkoordinatorin von LEUCHTLINIE und verantwortlich für den Arbeitsbereich Qualitätssicherung und Qualifizierung.



# Rechte Szene(n) in Baden-Württemberg 2016

Ein kurzer und unvollständiger Rückblick auf die Aktivitäten der extremen Rechten im Südwesten im Jahr 2016.

Von Lucius Teidelbaum



## Die extreme Rechte und ihre unterschiedlichen Facetten

Als extreme Rechte wird im Folgenden eine Rechte definiert, die prinzipiell antidemokratisch ausgerichtet ist und eine ethnisch homogene Gesellschaft zum Ziel hat. Gegenüber dem Individuum und seinen Individual-Rechten, sowie Minderheiten und ihren Rechten, wird dem Mehrheits-Kollektiv (Volk, Nation, „Rasse“) immer der Vorrang gewährt.

Zur extremen Rechten sind unterschiedliche Strömungen zu zählen, etwa die „Neue Rechte“ oder die am historischen Nationalsozialismus orientierte neonazistische Rechte.

## Bestimmendes Feindbild: Flüchtlinge

Das bestimmende Feindbild der extremen Rechten in den Jahren 2015 und 2016 waren unzweifelhaft Flüchtlinge. Diese werden im Zuge einer Feind-Markierung unter Generalverdacht gestellt. Sie seien „keine echten Flüchtlinge“, alle Sexualstraftäter, alle Terroristen oder alle Teil einer „Islamisierung des Abendlandes“. Einzelfälle wurden zur scheinbaren Untermauerung dieses Generalverdachts als die Regel präsentiert. Hinzu kommen zahlreiche Falschmeldungen und Mutmaßungen. Zudem werden Flüchtlinge und der Anstieg ihrer Zahl mit bedrohlichen Vokabeln („Tsunami“, „Horden“, „Invasion“) beschrieben.

Feindbild sind aber nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch ihre Unterstützer\_innen, also ehrenamtliche Helfer\_innen, und alle Politiker\_innen und Medien-Vertreter\_innen, die sich nicht explizit gegen Flüchtlinge aussprechen. Diese werden als „Volksverräter“ und „Gutmenschen“ diffamiert. Das Messer-Attentat auf die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker ist eine der extremsten Auswüchse dieser Anfeindungen.

Das Feindbild Flüchtlinge wirkt mobilisierend. In kleineren Orten, wie Öhringen, Fellbach oder Bad Saulgau, kam es 2016 mehrfach zu Demonstrationen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Ort.

Mit dem Feindbild Flüchtling ließen sich auch in dieser Hinsicht bisher kaum auffällig gewordene Bevölkerungsteile aktivieren. Im Januar und Februar 2016 gingen auch in Baden-Württemberg tausende Menschen gegen Flüchtlinge auf die Straße. Sie stammten mehrheitlich aus der russischsprachigen Spätaussiedler-Community und wurden vor allem durch eine tendenziöse russische Berichterstattung mobilisiert.

Auch die rechtspopulistische AfD inszenierte sich als eine Art Flüchtlings-Abwehrpartei. Die baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Christina Baum meinte beispielsweise im Mai 2016: „Ich stehe weiterhin zu dem Begriff des schleichenden Genozids an der deutschen Bevölkerung durch die falsche Flüchtlingspolitik der Grünen. Der Genozid bezeichnet nach einer UN-Resolution die Absicht, eine nationale, ethnische, religiöse Gruppe teilweise oder ganz zu zerstören. Und diese Absicht unterstelle ich den Grünen.“

### **Zum Beispiel: mit „Bürgerwehren“ gegen Flüchtlinge**

Nach den massenhaften sexualisierten Übergriffen in der Silvester-Nacht von 2015 auf 2016 in Köln, setzte deutschlandweit die Gründung von so genannten „Bürgerwehren“ ein. Dem Staat wurde vorgeworfen, nicht mehr den Schutz der (weißen) Frauen vor ‚Fremden‘, besonders Flüchtlingen, gewährleisten zu können.

Dadurch fühlten sich Rassist\_innen und organisierte extreme Rechte motiviert, eigene Strukturen zu gründen. So ließen sich auch im Südwesten einige Facebook-Gruppen-Gründungen beobachten: „Sicherheit in Königsbach-Stein“ (Enzkreis), „Bürgerwehr Reutlingen“, „Bürgerwehr Freiburg“, „Biberach passt auf“, „Stuttgart passt auf“, „Lu/Ma passt auf“, „Ellwanger Bürgerwehr“, „Bürgerwehr Hardtwald“ (Raum Karlsruhe), „Bürgerwehr Ortenau“, „Bürgerwehr Monnem“ (Mannheim), „Initiative Bürgerwehr Bodenseekreis“, „Ulm passt auf“, „Bürgerwehr Neulingen“, „Fellbach wehrt sich“, „Rems-Murr wehrt sich“ oder „Bürgerwehr Friedrichshafen“. Die meisten dieser „Bürgerwehren“ kamen über ein Stadium als Facebook-Gruppe nicht heraus und sind heute inaktiv, nur die „Bürgerwehr Landkreis Konstanz“ und die „Bürgerwehr Pforzheim-Haidach“ entfaltet auch offline Aktivitäten. Hinzu kommt die Selbstinszenierung von Aktivist\_innen des Kreisverbandes Rhein-Neckar der Neonazi-Kleinstpartei „Die Rechte“ als „Stadtsschutz Sinsheim“.

### **Identitäre – Neue Rechte in Bewegung**

Seit Oktober 2012 gibt es in der Bundesrepublik auch Ableger der aus Frankreich stammenden „Identitären“, die dort 2003 gegründet wurden. Sie zeichnen sich insgesamt eher durch einen eigenen Stil und eine Ästhetik aus, statt durch eigene Inhalte. Sie (be)setzen neue Symbole wie den griechischen Buchstaben Lambda, oder eigene Begriffe, wie „Identität“, der als Container-Begriff für einen völkischen Nationalismus funktioniert.

Ideengeschichtlich müssen die Identitären den Neuen Rechten zugeordnet werden, die sich an antidemokratischen Vordenkern aus der Weimarer Republik, wie Carl Schmitt oder Ernst Jünger, orientieren.

Die Identitären agitieren gegen den von ihnen so genannten „Großen Austausch“. Die von dem französischen Schriftsteller Renaud Camus geprägte Begrifflichkeit beschreibt eine angeblich gezielte Migration und Vermischung mit dem Ziel, die ursprüngliche weiße Bevölkerung Europas zu beseitigen. Dagegen setzen die Identitären ihre Bürgerkriegsrhetorik („Kriegserklärung an Multikulti“) und fordern einen Ethnopluralismus. In der Konsequenz wird von den Identitären damit eine Form von Apartheid angestrebt, eine räumliche Separierung der ethnischen Gruppen. Zudem wird eine Deportation der Migrant\_innen und ihrer Nachkommen aus Europa angestrebt, was bei den Identitären als „Remigration“ bezeichnet wird.

Existierten die Identitären in Deutschland bis Mitte 2015 nicht nur, aber vor allem im Internet, so sind sie seit Mitte 2015 verstärkt auch offline aktiv und gewinnen erkennbar an Zulauf. In Baden-Württemberg gibt es bis zu 20 aktive Identitäre Ortsgruppen, die sich bundesweit in der „Identitären Bewegung“ organisieren.



### **Organisierte Neonazi-Strukturen**

In den 1990er Jahren und den 2000er Jahren organisierten sich Neonazis in der Partei NPD und außerhalb davon als „Freie Kameradschaften“ und „Freie Kräfte“. In den Kameradschaften organisierten sich dabei Neonazis einer bestimmten Stadt oder Region. Dieses Modell war auch ein Resultat der staatlichen Verbote größerer Organisationen in den 1990er Jahren. Die Kameradschaften waren unterschiedlich groß und langlebig. Manche existierten nur ein paar Monate, andere über Jahre. In einigen Kameradschaften dominierten Neonazi-Skinheads, in anderen „Autonome Nationalisten“, also Neonazis, die sich am Äußerlichen der linksautonomen Szene orientierten.

Etwa ab 2012, auch in Folge der Aufdeckung der NSU-Mordserie, wurden deutschlandweit Kameradschaften verstärkt durch Innenministerien verboten. Seitdem gab es eine stärkere Organisation von Neonazis im Rahmen einer Partei. Bisher parteifreien Neonazis stehen dabei neben der NPD und ihrer Jugendorganisation JN auch die beiden Neonazi-Kleinstparteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ zur Auswahl. Wobei „Die Rechte“ vor allem im badischen Landesteil aktiv ist und „Der III. Weg“ im Landesteil Württemberg. Der Landesverband Baden-Württemberg von „Die Rechte“ verfügt bisher über vier Kreisverbände: Enzkreis, Karlsruhe, Weil am Rhein und im Rhein-Neckar-Kreis.



„Der III. Weg“ hat dagegen nur den „Stützpunkt Württemberg“.

In beiden Parteien sind ehemalige Kameradschaften aufgegangen. Mitglieder von der „Kameradschaft Karlsruhe“ bzw. dem „karlsruher netzwerk“ sind heute in der Partei „Die Rechte“ aktiv. Auch die „Freie Nationalisten Kraichgau“ wurden im Mai 2016 zum „Die Rechte“-Kreisverband Rhein-Neckar. Mitglieder von den Ende 2014 verbotenen „Autonomen Nationalisten Göppingen“ und den inzwischen inaktiven „Freien Nationalisten Esslingen“ engagieren sich im Rahmen des im Mai 2015 gegründeten Stützpunktes Württemberg von „Der III. Weg“.

Die Zahl der durch öffentliche Aktivitäten aufgefallenen Kameradschaften in Baden-Württemberg ist überschaubar: „Kommando Schwarzwald“, „Kameradschaft Höri-Bodensee“ (KHS) aus der Region Singen und das „Antikapitalistische Kollektiv Baden-Württemberg“, eine Art Neuaufgabe der „Autonomen Nationalisten“.

Daneben gibt es noch mehrere kameradschafts-ähnliche Gruppierungen, die aber zumindest nach Außen hin nicht explizit als Neonazis auftreten. Dazu gehören die „Berserker Pforzheim“, bei denen offenbar ehemalige Mitglieder der Neonazi-Kameradschaft „Heidnischer Sturm Pforzheim“ organisiert sind. Ebenso ist das aus Bayern stammende „Bündnis Deutscher Patrioten“ zu nennen, das am 25. September 2016 die Gründung des Ortsverbandes „Stuttgart / Freiburg / Karlsruhe“ feierte.



### Die übersehene Neonazi-Subkultur

Neben der organisierten Neonazi-Szene existiert auch eine nicht fest organisierte Neonazi-Subkultur. Deren Angehörige sind nicht in festen Gruppen oder Parteien organisiert, sondern in Freundeskreisen und Cliquen. Ihr Freizeit- und Konsumverhalten ist fest neonazistisch geprägt. Sie hören in der Freizeit entsprechende Musik (Rechtsrock, NS-Rap, National Socialist Black Metal), treffen sich mit Gleichgesinnten und bewegen sich auch in den sozialen Netzwerken vor allem unter Gesinnungsgenoss\_innen.

Die Angehörigen dieser Neonazi-Subkultur organisieren sich nicht mit dem Ziel, politische Macht zu erringen über die Beteiligung an Wahlen oder durch gezielte Agitation und Propaganda. Trotzdem sind sie nicht ungefährlich. Aus ihrem neonazistischen Weltbild und den damit verbundenen „gruppenbezogenen menschenfeindlichen Einstellungen“ heraus kommt es immer wieder zu Angriffen gegen Minderheiten. Diese sind zumeist situativ und nicht langfristig geplant.

Unter jenen, die wegen entsprechender Straftaten festgenommen oder verurteilt wurden, fanden sich immer wieder Personen, die zwar bisher der Polizei oder unabhängigen Recherchen-Strukturen nicht aufgefallen waren, die aber zu Hause ein entsprechendes Merchandise (Musik, Fahnen, Poster etc.) horteten. In Österreich wird diese Gruppe mit dem passenden Begriff „Kellernazis“ bezeichnet.

Wichtig für die Bindung an die Subkultur ist auch das gemeinsame Erlebnis, z.B. in Form einer Feier oder einer Musik-Veranstaltung. Was extrem rechte Musik-Veranstaltungen angeht, so gab es 2016 verhältnismäßig wenig Konzerte, aber dafür umso mehr Balladen-Abende bzw. Liedermacher\_innen-Auftritte. An diesen nahmen bis zu 100 Personen teil. Im Gegensatz zu Konzerten sind sie weniger aufwendig zu organisieren und kaum staatlicher Repression ausgesetzt.



Der Umfang dieser Neonazi-Subkultur lässt sich zahlenmäßig schwer beziffern. Es ist aber auch für Baden-Württemberg von mehreren tausend Personen auszugehen. Fotos von einzelnen Treffpunkten (Bauwägen, Kellerkneipen, Gartenhäuser etc.) zeigen teilweise dutzende Personen.

Um den harten Kern an Neonazis, die aber im engeren Sinne nicht politisch aktiv sind, gruppiert sich eine Grauzone herum. Deren Angehörige verfügen – noch! – nicht über ein verfestigtes extrem rechtes Weltbild. Sie hören aber bereits Musik von nationalistischen Bands wie „Frei.Wild“, haben Kontakt zu Neonazi-Kreisen oder verteilen Likes für entsprechende Facebook-Gruppen.

Hier müsste eine entsprechende Jugendarbeit intervenieren, um ein Abgleiten in die extreme Rechte zu verhindern.

### Über den Autor

Lucius Teidelbaum ist freier Journalist, Publizist und Forscher zum Thema extreme Rechte. Sein jüngstes Buch „PEGI-DA. Die neue deutschnationale Welle auf der Straße“ erschien im Unrast-Verlag (2016).



LEUCHTLINIE-Dossier

# Rechte Gewalt – Die Sicht der Opfer

„Gewalt von Rechts“ ist immer und überall ein gesellschaftliches Problem. Rechte Gewalttäter schlagen nicht losgelöst von Ideologien und Ideologen, von Stimmungen und Stimmungsmachern zu.

„Gewalt von Rechts“ ist immer und überall aber auch ein individuelles Schicksal. Der einzelne Mensch, der oder die einzelne Betroffene erleidet eine einmalige Verletzung, erlebt einen ganz persönlichen Schmerz.

Während die Täter und Krawallmacher sehr schnell im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen – und diese Publicity schon als Erfolg verbuchen – bleiben die Betroffenen meist unbeachtet im Verborgenen zurück.

LEUCHTLINIE stellt sich mit Beratung und Unterstützung in der Praxis an die Seite der Betroffenen. Und LEUCHTLINIE bringt die Perspektive der Opfer in die gesellschaftliche Auseinandersetzung über Gewalt und Hass der extremen Rechten – auch mit diesem Dossier.

wes.



Foto: J. Röder

# „...selber schuld!“

Wie Täter ihre Opfer sehen

Von Kurt Möller



Foto: recherche-nord

Kein Zweifel: Opfer- und Betroffenenberatung tut gut daran, die Perspektive ihrer Klient\_innen zu übernehmen und im professionellen Sinne parteilich für sie einzutreten. Daher ist für sie der Blick der unmittelbaren Opfer und der indirekt Betroffenen auf ein Tatgeschehen und deren Empfindung wie deren Beurteilung dieses Geschehens vorrangig. Dies bedeutet aber keineswegs, dass die Perspektiven tatsächlicher und potenzieller Täter\_innen<sup>1</sup> auf ihre realen und/oder künftigen Opfer für sie irrelevant wären.

Opferschutz erfordert geradezu die Kenntnis solcher Sichtweisen. Dies gilt vordringlich mindestens in zweierlei Hinsicht: Zum ersten ist die Sicherung von Opfern vor weiteren Nachstellungen von einer Einschätzung jener Gefährdungslage abhängig, die durch eine/n bereits einschlägig auffällig gewordenen Täter\_in oder eventuelle weitere Täter\_innen hergestellt wird. Zum zweiten schließt das Bemühen um allgemeinere, vom konkreten Fall unabhängige Prävention von Viktimisierung die Notwendigkeit ein, auch auf Täterhandel und die Bedingungsgeflechte seines Auftretens einzuwirken.

Für die Arbeit mit Betroffenen ‚rechter Gewalt‘<sup>2</sup> stellt sich diese Herausforderung in spezifischer Weise dar. Zum einen hat sie die speziellen Sichtweisen rechtsextrem orientierter Akteure auf ihre Gegner(gruppierungen) zu berücksichtigen, zum anderen braucht sie Wissen um die Besonderheiten des Ausagierens entsprechend gerahmter Diffamierung, Diskriminierung, Delinquenz und offensichtlicher Kriminalität. Auch wenn systematische Forschung zum Blickwinkel rechtsextrem orientierter Täter\_innen auf ihre Opfer Mangelware ist, so lässt sich doch aus vorhandenen Studien über Personen mit rechtsextremen Haltungen und weiteren pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen gegenüber Muslimen, Migrant\_innen, (vermeintlichen) ‚Linken‘ und anderen ‚Zielgruppen‘ rechtsextremer Umtriebe (vgl. etwa Möller 2000, Möller/Schuhmacher 2007, Möller u.a. 2016; Decker u.a. 2016; Zick u.a. 2016) sowie aus Aussteigerbiographien (vgl. Zentrum 2002 o.ä.m.) und der Untersuchung von Aussteigerprogrammen (vgl. z.B. Rieker 2014, Möller u.a. 2015) einiges an Erkenntnissen gewinnen.

## Die Welt in schemenhaften Konturen

Bekanntlich beruhen das Entstehen und die Entwicklung von delinquentem und kriminellem Verhalten generell nicht auf monokausalen Ursachen, sondern auf einem Geflecht von verschiedenen Faktoren. Zu ihnen gehören vor allem drei Faktoren: individuelle Dispositionen auf Seiten von Tatbegehenden wie auf Seiten von Opfern, der jeweilige soziale Kontext, der den Lebensumständen seinen Stempel aufdrückt und das Vorhandensein von Gelegenheitsstrukturen mit eventuellen situativen Auslöse- und ggf. Eskalationsfaktoren.

1 Anders als in der verkürzt formulierenden Überschrift dieses Beitrags wird hier und im Weiteren auch in Bezug auf Täterschaften eine gendergerechte Schreibweise benutzt. Sie reflektiert, dass nicht alle Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation oder Kontur von Angehörigen des männlichen Geschlechts begangen werden, soll aber keineswegs darüber hinwegtäuschen dass – vor allem nach Gewaltgraden in einzelnen Deliktsbereichen etwas unterschiedlich – 90% und mehr solcher Taten von Männern bzw. Jungen begangen werden.

2 Hier und im Folgenden wird der Begriff ‚rechte Gewalt‘ unter Verzicht auf seine akademische Ausleuchtung verkürzt in jenem praxisbezogenen Sinne aufgegriffen, wie das Projekt LEUCHTLINIE ihn zur Beschreibung des zentralen Gegenstands seiner Arbeit verwendet. Zum einen sind hier Angriffe wie Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen, die nicht unbedingt physische Gewaltsamkeit einschließen, mitgemeint. Zum anderen steht das Adjektiv ‚rechts‘ – hier ebenfalls dem Sprachgebrauch von LEUCHTLINIE folgend – für Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit, die Ablehnung von Geflohenen und politisch Andersdenkenden, (Hetero-)Sexismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus und eine entsprechend politisch aufgeladene Gegnerschaft gegenüber Personen, die qua Rolle und/oder Funktion demokratische Werte vertreten.

Gruppieren wir – nur analytisch getrennt und aus Platzgründen ohne Anspruch auf Vollständigkeit – entlang dieser Begünstigungsmomente für ‚rechte Gewalt‘ zentrale Erkenntnisse über die Perspektiven der Gewaltausübenden auf ihre Opfer, so lässt sich festhalten:

*Individuelle Dispositionen auf Seiten von Täter\_innen und tatbereiten Personen* werden ganz offensichtlich von explizit politischen bzw. zumindest politisch relevanten Orientierungen markiert, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild zur Geltung bringen oder wenigstens Bestandteile von rechtsextremem Gedankengut, also insbesondere von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus bzw. Sozialdarwinismus, herkunfts- und migrationsbezogenen Pauschalablehnungen, Befürwortungen autoritärer und diktatorischer politischer Strukturen sowie Verharmlosungen des Nationalsozialismus beinhalten (vgl. z.B. Stöss 2010, Decker u.a. 2016, Möller u.a. 2016). Obwohl diese Feststellung fast banal klingt, ist sie nicht unwichtig, denn diese Grundierung besitzt die allgemeine, unpolitische Kriminalität bekanntermaßen nicht. Über sie werden ganz wesentlich die Gegner- und damit auch typische Opfer(gruppierungen) definiert. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass im Regelfall solche rechtsextremen Orientierungen oder auch pauschalisierende Islamablehnung und (Hetero-)Sexismus in dem Sinne ideologisch verankert wären, dass sie auf argumentativ flankierten, kognitiv strukturierten und (pseudo)rational angelegten Überzeugungssystemen basieren. Eher bestehen sie aus intuitiv aktualisierten und assoziativ aufgerufenen ‚mentalinen Abbildern‘ der Realität, die diese im Rückgriff auf vagabundierende Deutungstraditionen oberflächlich in verzerrten Vorstellungsbildern affektiv vergegenwärtigen und so ordnen versuchen. Solche erfahrungsstrukturierenden Repräsentationen (zum Begriff vgl. Möller u.a. 2016) zeichnen die Welt in schemenhaften Konturen und plakativer Oberflächlichkeit. Sie nutzen im wahren Sinne unbedacht Habituelles, Narrationen und Kommunikationsfiguren aus dem öffentlichen und privaten Diskursraum. Ihr vorherrschendes Kennzeichen ist mithin Unreflektiertheit bzw. Vorreflexivität. Auch das Freund-Feind-Denken ist davon geprägt, sodass zumindest außerhalb extrem militanter Kreise Gewalteinsatz eher selten von kühlen taktisch-strategischen Kalkulationen motiviert wird. Eher entlädt sich in ihnen eruptiv eine mehr oder minder diffuse Wut, die dann hasserfüllt die vermeintlichen Erreger der dahinterliegenden Bedrohtheits- und Ärgerniseempfindungen trifft – übrigens auch oftmals innerhalb der Szene selbst bzw. gegenüber Aussteigenden und Ausgestiegenen als Racheakt am so empfundenen Verrat.

## Die Opfer werden zu Objekten degradiert

Hass und Gewalt brechen sich dabei auch deshalb Bahn, weil die Selbst- und Sozialkompetenzen von Gewaltorientierten fast immer erheblich mangelhaft sind, also etwa Fähigkeiten zu Ambiguitätstoleranz, zu Affekt- und Impulskontrolle, zu verbaler Konfliktregelung, zur Perspektivenübernahme und zu Einfühlungsvermögen unterentwickelt sind. Entsprechend gleichgültig werden die Folgen des eigenen Gewalthandelns betrachtet – wenn sie denn überhaupt bedacht werden: die Opfer gehören dann zu jenen, die man – zum Teil ohne nähere Begründung – „einfach nicht ab kann“, und „haben halt Pech gehabt“; sie waren „zur falschen Zeit am falschen Ort“ und „irgendwie selber schuld“; sie werden zu Objekten degradiert – oftmals aus subjektiver Sicht der Protagonist\_innen durch ein Gewaltverhalten, das schlicht „über einen kommt“, so von den Ausübenden Besitz ergreift, dementsprechend scheinbar ungesteuert und unbewusst abläuft und daher auch nicht wirklich verantwortet



wird; und sie werden in Akten der Zuspitzung rechtsextremen Terrors, wie wir sie etwa aus dem NSU-Komplex kennen, geradezu entmenschlicht. Oft sichert dabei eine maskulinistische Gewaltmoral die subjektive Bewertung des eigenen Tuns ab. Nicht selten setzen sich in solchen Zusammenhängen auch psychopathologische (oder zumindest so anmutende) Muster durch, bei denen durch Narzissmus und Größenwahn die überbordende Frustration darüber (über)kompensiert werden soll, das eigene Leben nicht im Griff zu haben und Zugehörigkeit, Anerkennung, Teilhabe, Sinnstiftung und positives sinnliches Erleben nicht in Bereichen sozialer Akzeptanz realisieren zu können. Entsprechend empathielos wird agiert und fällt das Bild von Opfern aus.

*Individuelle Dispositionen auf Seiten von (potenziellen) Opfern* erkennen Gewaltbereite vor allem entweder in ihrer Schutzlosigkeit und Wehrunfähigkeit oder in ihrer subjektiven Sicht darin, es bei ihnen mit in gewisser Weise ‚ebenbürtigen Gegnern‘ zu tun zu haben, die zwar politisch-kulturell andere Vorstellungen und Stile pflegen, aber ebenfalls Gewaltbereitschaft und/oder eine vergleichbare Gewaltmoral signalisieren: „Die sind im Grunde wie wir“ heißt es dann. Dies ist vielfach auch die Perspektive auf die militante linke Szene bzw. die autonome AntiFa. Allzu häufig wird diese Ähnlichkeit allerdings erst dann erkannt, wenn Abkehr und Reue bezüglich rechtsextremen Agierens eingetreten sind und man sich ernsthaft aus einer nunmehr distanzierten Position analytischer mit der eigenen ‚rechten Vergangenheit‘ beschäftigt.

Wie auch immer: Eine wirksame und möglichst dauerhafte Verhinderung von (weiterer) Viktimisierung kommt nicht umhin, auch derartige Täterperspektiven beeinflussen zu wollen. Nicht nur in Gestalt von Strategien des Täter-Opfer-Ausgleichs eröffnet dieses Aufgabenfeld Anschlussstellen von Opferberatung im engeren Sinne an die Präventionsbemühungen von universell ausgerichteter Bildungsarbeit sowie selektiver und indizierter Präventionsarbeit mit (extrem) ‚rechten‘ Akteur\_innen.

### Die Konstruktion von Sündenböcken für die eigenen Misere

*Der die Lebensumstände von (potenziellen) Täter\_innen prägende soziale Kontext* ist nicht ohne Einfluss auf ihre Opferperspektiven. Zwar ist die simple Gleichung „miese Lebensumstände = Kriminalitätsauslöser“ ebenso falsch wie die Verkürzung „Erleiden von Modernisierungsverlusten = Anfälligkeit für Rechtsextremismus“; allerdings werden Empfindungen von eingeschränkter Realitätskontrolle (etwa auf den Feldern des Arbeits-, Konsum- und Wohnungsmarkts), unzureichender Integrationsqualität (etwa im Wohnviertel oder im Bildungsbereich), eingeschränkter sinnlicher Erfahrungsmöglichkeiten und fehlenden Sinnbezügen (z.B. innerhalb von Beruflichkeit, in Hinsicht auf Lernen und in privaten Bezügen) von extrem Rechtsorientierten vielfach darauf zurückgeführt, dass die Anwesenheit, Sozialtransferabhängigkeit, gefühlte Konkurrenz und/oder gar unberechtigte Bevorzugung (deshalb) missliebiger Gruppierungen dafür Verantwortung tragen. So werden dann z.B. Muslime und Menschen mit Migrationsgeschichte, aktuell insbesondere Geflüchtete, als Schuldige an der eigenen, entweder schon eingetretenen oder noch drohenden Misere konstruiert – und sie unterstützende Mitbürger\_innen („Gutmenschen“), Politiker\_innen („unsere naiven Flüchtlingsfreunde“) und Medien („Lügenpresse“) der Komplizenschaft geziehen. Dementsprechend geraten auch Angehörige von Helfergruppierungen und politisch Verantwortliche zunehmend in den Fokus der Angriffe von rechtsaußen: Das Bundeskriminalamt verzeichnete schon im Sommer 2016 rd. 120 Straftaten gegen Hilfsorganisationen und freiwillige Hel-

fer\_innen der Arbeit mit Geflüchteten und sogar 800 Fälle von Angriffen auf Amts- und Mandatsträger\_innen.

Dass Sündenböcke gerade in den genannten gesellschaftlichen Gruppierungen ausgemacht werden und diese daher ein erhöhtes Viktimisierungsrisiko tragen, ist alles andere als ein Automatismus. „Ich würde ein dickeres Auto fahren, wenn es keine Migrant\_innen in Deutschland gäbe“, „Ich würde eine größere Wohnung haben, wenn die Politik in unserem Ort keine Flüchtlingsunterbringung eingerichtet hätte“ oder „Ich besäße eine besser dotierte Stelle, wenn keine Muslime unter uns wären“ – so wenig rational Schlussfolgerungen wie diese sind, so kurzschlüssig sind auch verwandte Pseudo-Argumente. Wenn Ein- und Zuordnungen wie diese dennoch erfolgen, so hängen sie offenbar damit zusammen, dass der gesellschaftliche Diskurs sie vorrätig hält und immer wieder reproduziert. Dies bedeutet: Wer in einer Diskursphäre aufwächst und lebt, in der solche Deutungen hegemonial werden, ist in besonderem Maße Wahrnehmungsweisen, Interpretationsvorlagen und Beurteilungsschablonen von gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgesetzt, die pauschalisierende Repräsentationen der Ablehnung mit sich führen und ideologiebildend wirken können. Daraus folgt: Zwar trifft die Entscheidung, eine Straftat rechter Gewalt zu begehen, letztendlich das Subjekt und ist daher auch dieses Subjekt moralisch und rechtlich zur Verantwortung zu ziehen; die Haltung jedoch, aus der heraus Gewaltverhalten generiert wird, ist nicht nur eine individuell-persönliche, sondern eine auf kollektiv verbreiteten (Ein-)Ordnungsmustern aufruhende und durch sie sozialisierte Orientierung.

Wer nachhaltigen Opferschutz will, kann deshalb nicht davon absehen, seinen Beitrag dazu zu leisten, auch solche Deutungsmuster und die genannten Kontextbedingungen, auf deren Hintergrund sie ihre Attraktivität entfalten, abzubauen.

*Bestimmte Gelegenheitsstrukturen und situative Faktoren* begünstigen bekanntlich das Vorkommen von Kriminalität im Allgemeinen und das Ausagieren von Wut und Gewaltbereitschaft im Besonderen.

**„Wo (potenzielle) Opfer mithin schutzlos wirken, ein Einschreiten für ihre Belange unwahrscheinlich erscheint und dieser Eindruck auch deswegen entstehen kann, weil Werte von Gewaltfreiheit, Zivilcourage und Demokratie anscheinend nicht durchsetzungsfähig sind, finden rechte Akteur\_innen einen Nährboden für ihr entwürdigendes und zerstörerisches Verhalten.“**

Aggressionen und Übergriffe ‚von rechts‘ passieren vor allem zum einen dann, wenn ihre Akteure glauben, Diffamierungen, Diskriminierungen und Straftaten unter erleichterten Umständen ausüben zu können, also relativ schutz- und wehrlose Opfer zur Verfügung zu haben, sowie kaum erwischt zu werden und zudem wahrscheinlich sanktionslos bleiben zu können. Dies ist in erster Linie dort der Fall, wo sie Gewalt im Kollektiv ausüben und als Zugehörigkeitsbeweis zur rechten Szene wie als entsprechendes Anerkennungsmedium einsetzen können, wo sie ein Wegsehen von anderen Personen, wenn nicht gar eine stillschweigende Akzeptanz ihres Verhaltens annehmen können und wo sie insgesamt einen rechtsfreien und/oder von ihnen dominierten Raum wännen. Wo (potenzielle) Opfer mithin schutzlos wirken, ein Einschreiten für ihre Belange unwahrscheinlich erscheint und dieser Eindruck auch deswegen entstehen kann, weil Werte von Gewaltfreiheit, Zivilcourage und Demokratie anscheinend nicht durchsetzungsfähig sind, finden rechte Akteure einen Nährboden für ihr entwürdigendes und zerstörerisches Verhalten.





Zum anderen sorgt das in der Szene verbreitete Gewaltverständnis auch dafür, dass szeneeinterne Anerkennung nicht nur oftmals mit der Brutalität des Vorgehens steigt, sondern auch nach dem Motto „Viel Feind, viel Ehr“ mit der Stärke der Gegnern und dem Wagemut, sie zu überfallen oder sich ihnen entgegenzustellen, einhergeht. Mit sog. „linken Zecken“, aber auch z.T. mit der Polizei wird in diesem Zusammenhang häufig ein ‚Katz-und-Maus-Spiel‘ zelebriert, das nahezu als (kampf)sportlicher Wettstreit aufgeführt und begriffen wird. Umso deutlicher sich ein solches Verständnis in den Vordergrund der Auseinandersetzungen schiebt, desto weniger spielt die Durchsetzung von inhaltlichen Positionen eine entscheidende Rolle und desto eher greift eine Dynamik von Angriff und Vergeltung um sich, die die Gegner nicht mehr so sehr als aus ideologischen Gründen zu Bekämpfende, sondern zunehmend vielmehr schlicht deshalb als Feinde begreifen lässt, weil sie in dieses Wechselspiel involviert sind. Dabei sieht man im rechten Spektrum vielfach

nicht nur sich bzw. die Eigengruppe als Gewaltauslöser, sondern wähnt sich auch provoziert durch die Gegenseite, wobei – gerade unter männlichen Jugendlichen und jungen Männern – oft schon ein angeblich „schiefer Blick“ reicht, um sich zu reaktanten Antworten gezwungen zu fühlen. Es schraubt sich in der Konsequenz eine Eskalationsspirale hoch, im Zuge deren Anwachsens die ursprünglichen Auseinandersetzungsgründe und -anlässe in den Hintergrund treten und an Konturenschärfe sowie Relevanz verlieren.

### Fazit

Es gibt nicht die *eine*, typische Tätersicht von Rechtsextremen auf ihre Opfer. Je nach Fall und darin vorliegenden Prozessen der Perspektivengenerierung stellen sie sich durchaus unterschiedlich dar. Dies gilt nicht zuletzt auch in Hinsicht auf die Stärke ihrer politisch-ideologischen Aufladung – und bezüglich der Chancen, sie im Zuge der Aufarbeitung von Taten und Szeneeinbindungen zu verändern, um darüber weiterer Opfer-Werdung vorzubeugen.

### Über den Autor

Prof. Dr. Kurt Möller ist Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Esslingen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Bereiche Gewalt, Rechtsextremismus, Fremden- und Menschenfeindlichkeit



### Literaturverzeichnis

- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Möller, Kurt (2000): Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-bis 15jährigen. Weinheim und München: Juventa.
- Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab!“ – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-) Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Möller, Kurt/Küpper, Beate/Buchheit, Frank/Neuscheler, Florian (2015): Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen (APR NRW). Abschlussbericht. Esslingen 2015. online: [http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Evaluationsbericht\\_APR\\_NRW.pdf](http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Evaluationsbericht_APR_NRW.pdf).
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Szene- und Orientierungszusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS.
- Rieker, Peter (Hrsg.) (2014): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2002): „...dann hab ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert“: Exit – Ausstieg aus der rechten Szene. Leipzig: Ernst Klett Schulbuchverlag.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Berlin: Dietz.

# „Wie kann es sein, dass Menschen dreimal zum Opfer werden?“

Eine landesweit einmalige Erinnerungsveranstaltung an die Verbrechen des NSU veranstaltete LEUCHTLINIE im Literaturhaus Stuttgart

Von Alena Kraut und Manuel Schönberg



**„5 Jahre nach der Aufdeckung des NSU“ – unter dieser Überschrift lud LEUCHTLINIE am 22.11.2016 zu einer öffentlichen Diskussion nach Stuttgart ein. Namhafte und sehr sachkundige Podiumsgäste konnten für diese landesweit einmalige Erinnerungs- und Aufarbeitungsveranstaltung gewonnen werden: Thomas Heppener, Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“ beim Bundesfamilienministerium, Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V., Andrea Schiele, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Baden-Württemberg und Fachkraft für Rechtsextremismusprävention, sowie Rainer Nübel, Journalist. Die Moderation übernahm der Redakteur der Waiblinger Zeitung und Kenner der rechten Szene, Peter Schwarz.**

Rund 80 Zuhörer\_innen aus Politik, der Zivilgesellschaft und dem Bildungsbereich fanden den Weg ins Stuttgarter Literaturhaus und nahmen Teil an einer spannenden Zwischenbilanz über die Rolle der Sicherheitsbehörden sowie der Politik bei der problematischen Aufarbeitung der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, NSU.

In seiner Eröffnungsrede wertete der Gastgeber und Leiter der Betroffenenberatung LEUCHTLINIE, Heval Demirdögen, die Diskussionsveranstaltung als ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Opfern. Auch fünf Jahre nach Bekanntwerden des NSU sei es im Sinne einer offenen und vielfältigen Gesellschaft notwendig, dieses Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zu erhalten, um Rassismus und Diskriminierung weiterhin aktiv entgegenzutreten: „Der NSU geht alle Menschen an, die sich mit dieser Demokratie identifizieren – ob persönlich betroffen oder nicht, das spielt keine Rolle,“ so Demirdögen.

Als Vertreterin des LEUCHTLINIE-Beirats übernahm Manuela Rukavina vom Landesfrauenrat im Anschluss die Einführung. Pointiert veranschaulichte sie, auf welche Art und Weise man in dieser Gesellschaft Diskriminierung erfahren kann: „Ich bin eine Frau und habe einen osteuropäischen Nachnamen. Damit habe ich schon zwei potenzielle Merkmale.“ Im Beirat, in dem ganz unterschiedliche Gruppen wie die israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs oder der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung e.V. vertreten sind, sei man sich darüber einig, Angriffe auf Menschen aufgrund äußerer Merkmale nicht hinzunehmen.

„Bei uns ist kein Platz für rechte Gewalt“.

### **Der NSU – die Rolle der Behörden im „Land der Netzwerke“**

Damit war das Feld eröffnet für eine Diskussion, die sich zu Beginn speziell den personellen Verbindungen des NSU nach Baden-Württemberg und der Aufarbeitung hierzulande widmete. Vielfältig seien die Verbindungen des NSU nach Baden-Württemberg gewesen, von Kontakten zur organisierten Kriminalität, über zugezogene Personen im Umkreis des „Thüringer Heimatschutzes“, bis hin zu Besuchen des NSU-Trios im Raum Ludwigsburg, so der Stern-Reporter Rainer Nübel. Andrea Schiele, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg betonte, dass die Rolle der Frauen im organisierten Rechtsextremismus auch im Falle des Unterstützer\_innenkreises des NSU nicht unterschätzt werden dürfe. Und die „Einzeltätertheorie“ müsse verworfen werden. Vielmehr sei man in der Szene hoch vernetzt, was besonders für das „Land der Netzwerke“ Baden-Württemberg gelte.

Viele kritische Stimmen gab es sowohl in Richtung der Sicherheitsbehörden, als auch in Bezug auf den Untersuchungsausschuss im Baden-Württembergischen Landtag. Dass vom Verfassungsschutz bewusst Akten geschreddert worden sind, ist laut Rainer Nübel keine neue Erkenntnis. Nun komme es darauf an, dieses Fehlverhalten politisch und juristisch aufzuarbeiten. Dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss traue er wenig zu, da es zu viele „Bremser“ bis hinauf ins Kanzleramt gebe. Hoffnung setzt Nübel hingegen auf einzelne Personen beim Verfassungsschutz und bei anderen Behörden, wie etwa dem Bundeskriminalamt, auf Menschen dort, die „hoffentlich morgens in den Spiegel schauen und das Schweigen nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können.“ Angesichts von Hinweisen über Einschüchterungsversuche und vorenthaltener Informationen seitens der Behörden sei er allerdings auch hier skeptisch.

### **„Falsche Opfer“ und Strategien gegen die gesellschaftliche Entsolidarisierung?**

„Es bleibt das Gefühl, dass es in Deutschland keinen hundertprozentigen Schutz für Türkeistämmige gibt. Auch die mangelnde Solidarisierung vonseiten der Gesellschaft hat uns entsetzt“, meinte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu. Die Frage, ob es schlicht die „falschen Opfer“ (Nübel) waren, bejahte Sofuoğlu. „Deutschland belegt laut dem aktuellen ‚Migrant Integration Policy Index‘ keinen sehr guten Platz im Bereich Antidiskriminierung. Institutioneller Rassismus ist überall.“

Doch was kann man dagegen tun? Einig waren sich die Diskutierenden darüber, dass es politischer Aufklärungsarbeit gegen die gesellschaftliche Entsolidarisierung bedarf. Doch wie diese aussehen soll – darüber gingen die Meinungen auseinander. Während Thomas Heppener vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür plädierte, „jeder Institution ein ordentliches Anti-Rassismus-Training zu verordnen“, nahm Andrea Schiele jede\_n Einzelne\_n in die Pflicht: „Wir müssen uns zunächst darüber bewusst werden, wo wir selbst ausgrenzen, denn nur so können wir verstehen, warum es andere tun. Ausgrenzen ist Teil unserer Sozialisierung.“

Der Journalist Rainer Nübel betonte außerdem die Rolle der Medien, die die Menschen wieder erreichen müssten. „Es herrscht eine Sehnsucht der Menschen nach Narrativen – nach Emotionen und Sinn. Das müssen wir Medienschaffende erkennen und bedienen, um die Zivilgesellschaft wieder zu stärken.“ Gökay

Sofuoğlu forderte zudem die Migranten-Communities auf, sich verpflichtet zu fühlen, an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Aber die Politik müsse im Gegenzug auch bereit sein, gesellschaftliche Verantwortung abzutreten. „Die Türkische Gemeinde in Deutschland sieht sich nicht mehr als Organisation ausschließlich für die Angelegenheiten der Migrant\_innen, sondern als Teil der vielfältigen Gesellschaft.“

### **„Demokratiefeinden unter dem Deckmantel der Demokratie keine Plattform bieten“**

Der Aufstieg rechtspopulistischer und extrem rechter Strömungen in Deutschland konnte beim Themenkomplex NSU selbstverständlich nicht ausgespart werden. Ob man auch mit der Alternative für Deutschland (AfD) auf politischer Ebene reden dürfe, wurde Thomas Heppener von Moderator Peter Schwarz, Journalist und Ko-Autor des Buches „Schmerzliche Heimat“ (das er zusammen mit der Tochter des NSU-Mordopfers Enver Simsek, Semiya Simsek, verfasst hat) gefragt. „Es führt kein Weg daran vorbei. Allerdings ist die AfD auch nicht überall gleich. Bedingungslose Verhandlungsgrundlage muss aber das Grundgesetz sein.“ Dass man nicht immer und überall mit der AfD reden müsse, war Andrea Schieles Ansicht. Vor allem nicht auf Bühnen, auf denen sie sich öffentlich positionieren können. Man dürfe „Demokratiefeinden unter dem Deckmantel der Demokratie keine Plattform bieten.“ Sie sei aber durchaus dafür, mit AfD-Sympathisant\_innen zu diskutieren, um herauszufinden, warum sie diese Partei unterstützen. „Denn das sind die Leute, die die AfD nachher wählen.“ Gökay Sofuoğlu forderte vor allem die anderen Parteien auf, sich auf eine klare Linie in manchen Politikfeldern zu einigen: „Die etablierten Parteien lähmen sich selber angesichts der Frage, ob sie nun mit der AfD reden sollen oder nicht. Darüber vergessen sie, sich zu positionieren. Am Ende weiß ich als Bürger nicht, was die etablierten Parteien zu manchen Themen sagen. Aber ich weiß, was die AfD dazu sagt.“

### **„Wie kann es sein, dass wir dreimal zum Opfer werden – einmal durch die Täter, einmal durch die Behörden und einmal durch die Regierung?“**

Anschließend konnte auch das Publikum Fragen und Anregungen in die Runde geben. Zwei Personen, die sich als „potenzielle Opfer“ vorstellten, äußerten ihren Unmut über die fehlende Aufarbeitung der NSU-Morde. Sie wollten etwa wissen: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht planen. Doch wo ist die Aufdeckung der Vergangenheit, vor allem in den Behörden?“. Und: „Wie kann es sein, dass wir dreimal zum Opfer werden – einmal durch die Täter, einmal durch die Behörden und einmal durch die Regierung?“. Rainer Nübel nahm die Aussagen ernst und forderte, es dürften keine neuen Kompetenzen an die Behörden verteilt werden. Hier sah er auch eine Verantwortung der Medien. „Denn bisher fehlt völlig die Korrektur der Politik am eigenen Verhalten.“

Außerdem thematisiert wurden in der offenen Gesprächsrunde die Erfahrungen der Türkeistämmigen auf die Morde, die fehlende Solidarisierung in der Bevölkerung, sowie das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland. Einig waren sich am Ende alle Beteiligten, dass Veranstaltungen wie diese sehr bedeutend für den weiteren Diskurs um die NSU-Verbrechen und letztlich für den Rechtsstaat sind.

### **Über die Autoren**

Die Autoren sind Studierende und leisteten im Berichtszeitraum ein Praktikum bei LEUCHTLINIE ab



# „Enver Simsek war ein reines Opfer, er war kein halber Täter!“

Die Familie des in Nürnberg vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ ermordeten Blumenhändlers Enver Simsek durchlebte einen unsagbaren Alptraum und durchlitt vielfache Ohnmacht

Von Peter Schwarz

Ohnmacht: Das ist die schockhafte Erfahrung, von der sich Angehörige heimgesucht sehen, wenn sie einen geliebten Menschen durch ein völlig unvorhersehbares Gewaltverbrechen verlieren. Solch eine Tat erschüttert das Urvertrauen der Hinterbliebenen in die Welt, scheinbare Sicherheiten lösen sich von einem Moment auf den anderen in Luft auf. Im Jahr 2012 habe ich gemeinsam mit Semiya Simsek, der Tochter des in Nürnberg vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ ermordeten Blumenhändlers Enver Simsek, das Buch „Schmerzliche Heimat – Deutschland und der Mord an meinem Vater“ geschrieben. Wir führten damals viele Gespräche, und mit der Zeit begriff ich: Es war keine einfache Ohnmacht, die diese Familie durchlitt. Es war eine vierfache Ohnmacht.

Semiya war ein junges Mädchen, 14 Jahre alt, als sie eines Morgens im September 2000 aus dem Bett geholt wurde – ihrem Vater, sagte man ihr zunächst nur, sei etwas Schlimmes geschehen. Semiya wurde nach Nürnberg gebracht, in ein Krankenhaus, dort stand sie am Bett ihres Vaters: Der Mann, den sie noch kurz vorher während der gemeinsam verbrachten Ferien als lebensfreudigen, in Momenten des Urlaubsspaßes regelrecht ausgelassenen Menschen voller Zukunftspläne erlebt hatte, war nicht mehr bei Bewusstsein. Ohne jede Vorwarnung sah Semiya sich aus aller Geborgenheit gerissen, in einen unbegreiflichen Alptraum geschleudert und mit einem unerklärlichen Entsetzen konfrontiert. Einen so kostbaren Lebensmenschen auf so verstörende Weise zu verlieren: Das war die erste, die grausamste Ohnmacht.

## „Irgendwas wird schon dran sein an den Verdächtigungen“

Danach musste die Familie erleben, dass nichts, was sie für eindeutig gehalten hatte, noch gelten sollte: Die Angehörigen hatten Enver Simsek als liebevollen Gatten, fürsorglichen Vater, hilfsbereiten Schwager, freundlichen Onkel gekannt – und nun sollte er, so vermutete die Polizei, eigentlich ein ganz anderer gewesen sein und alles, was die Angehörigen in ihm sahen,

nichts als Täuschung, Irrtum, Lüge. Vermutlich, so hieß es, sei er in schmutzige Geschäfte verstrickt gewesen und deshalb umgebracht worden, vielleicht von konkurrierenden Drogenhändlern. Die Medien nahmen die Sicht der Polizei weitgehend kritiklos auf, spekulierten und fabulierten über mögliche Verbindungen Simseks ins „Türkenmafia“-Milieu. Und der Bekanntenkreis der Simseks erfuhr natürlich davon: Erstens lasen sie Zeitung, zweitens wurden viele auch selber von der Polizei vernommen und erlebten, in welche Richtung die Ermittlungen zielten. Manche dieser Bekannten mögen sich im Stillen gedacht haben: Na, irgendwas wird schon dran sein an den Verdächtigungen, vielleicht war Enver Simsek eben doch nicht so unbescholten. In Wahrheit, so wurde Semiyas Familie nahegelegt, war alles ganz anders, in Wahrheit war Enver kein guter Ehemann, Vater, Schwager, Onkel, sondern führte ein Doppelleben. So verlor die Familie nicht nur einen geliebten Menschen – auch ihre Erinnerungen wurden entwertet. Den Simseks wurde nicht nur ihre gemeinsame Zukunft mit Enver weggenommen, sondern auch ihre gemeinsame Vergangenheit. Das war die zweite Ohnmacht.

## „Sie gehörten doch ganz selbstverständlich dazu, hier in Deutschland“

Als im November 2011 aufflog, wer wirklich hinter dem Mord steckte, brach für Semiya erneut eine Welt zusammen. Sie war so gut in Deutschland integriert, dass sie sich über das Wort „Integration“ eigentlich gar nie viele Gedanken gemacht hatte. Dies war ihre Heimat, hier war sie aufgewachsen, hier hatte sie als Kind bei Nachbarn auf dem Bauernhof im Stall geholfen, hier hatte sie ein Studium gemeistert, einen Beruf ergriffen, als Sozialarbeiterin, hier hatte ihr Vater sich als selbstständiger Blumenhändler etwas aufgebaut und Arbeitsplätze geschaffen, genauso ihr Onkel, ein Taxiunternehmer, sie gehörten doch ganz einfach und ganz selbstverständlich dazu, hier in Deutschland – und nun offenbarte sich: Nein, es gibt Menschen, die das ganz anders sehen, Menschen, die finden, du und deinesgleichen, ihr habt hier nichts verloren und werdet nie dazugehören, ihr habt anders klingende Namen, eure Männer haben dunkle Bartschatten, ihr





seid fremd und werdet immer fremd bleiben, und deshalb erschießen wir jetzt mal ein paar von euch, einfach so. Alles, was Semiya über Deutschland zu wissen glaubte, zerbröselte ihr im November 2011 unter den Händen. Das war die dritte Ohnmacht.

#### „Eine bewundernswert menschenfreundliche Frau“

Und nun? Politiker und Polizisten erklärten, dass sie keine Schuld treffe, Geheimdienstleute schredderten Akten, Journalisten reisten nach Friedberg in Hessen, wo Semiya lebte, riefen an, wollten Treffen vereinbaren. Und als Semiya sich eine andere Telefonnummer zulegte, weil ihr alles zu viel wurde, gingen die Reporter zum Bahnhof und sprachen wildfremde Leute an, die „irgendwie türkisch“ aussahen: Wissen Sie, wo Semiya Simsek wohnt? Erneut wurde der Familie das Verfügungsrecht über die eigenen Erfahrungen entzogen; die vierte Ohnmacht.

Dieser vierfachen Ohnmacht also waren die Simseks ausgesetzt, über mehr als elf Jahre hinweg, vom September 2000 bis zum November 2011 und darüber hinaus – aber als ich Semiya Simsek Anfang 2012 kennenlernte, traf ich eine bewundernswert menschenfreundliche Frau: Bei allem Schmerz hatte sie sich nicht an den Zorn und die Verbitterung verloren, immer noch war sie bereit, das Gute in den anderen zu sehen. Oft habe ich mich gefragt, worin diese Kraft begründet liegt und was diese Familie durch die dunkelsten Zeiten der Ohnmacht getragen hat. Drei Dinge möchte ich hervorheben.

#### „Sie gab den Opfern eine Stimme und hat der Ohnmacht nicht das letzte Wort gelassen“

Erstens, das Wichtigste: Es gab und gibt einen ganz starken Zusammenhalt in der Großfamilie. Mutter Adile und ihre Kinder Kerim und Semiya hielten eng zusammen und beschützten sich

gegenseitig; die beiden in Deutschland lebenden Onkel wurden für Semiya und Kerim zu Ersatzvätern; die Kinder ihrer Onkel und Tanten waren und sind ihnen Geschwister. Es gab, gegen alle Verdächtigungen von außen, immer wenigstens diesen inneren Kreis aus Menschen, die sich gegenseitig bestärkten in dem Glauben, in dem Wissen: Nein, unser Enver war kein böser Mensch! Wir helfen einander!

Zweitens: Semiya entwickelte den Mut, von dem, was sie erlitten hatte, zu reden. Schon ab 2006, als ganz junge Frau, mit 20 Jahren, gab sie Interviews, sprach über ihre Erlebnisse, verteidigte ihren Vater. Im Februar 2012 hielt sie bei der Gedenkfeier in Berlin für die Opfer des NSU eine Rede, sie stellte sich hin vor Bundeskanzlerin und Bundespräsident und gab den Opfern eine Stimme. Und schließlich beschloss Semiya, von all dem in einem Buch zu erzählen. Sie setzte damit auch ihrem Vater ein Denkmal: Sie beschrieb ihn so, wie sie wusste, dass er war. So hat Semiya sich ihre eigene Geschichte zurückerkämpft und der Ohnmacht nicht das letzte Wort gelassen.

#### „Sie will nicht Rache – sie hofft auf eine gerechte Strafe“

Drittens: Bald nach dem November 2011 stellten viele Zeitungen klar, dass Enver Simsek unschuldig, dass er nicht in Drogengeschäfte verwickelt gewesen war, dass er einfach sterben musste, weil mörderische Rassisten ihr Unwesen trieben. Dennoch wühlte der Schmerz weiter in Semiya, zu lange hatte sie mit den Verdächtigungen gegen ihren Vater leben müssen. Deshalb war der Prozess gegen Beate Zschäpe und andere am Oberlandesgericht in München für Semiya wichtig. Nicht, weil sie Rache wollte – einmal sagte sie mir, in gewisser Weise täten ihr die Neonazis sogar leid, denn wer sich so in den Hass verrenne, sei doch eigentlich ein ganz armer Mensch. Wie genau das Gerichtsurteil letztlich ausfällt, interessiert sie zwar, sie hofft auf eine gerechte Strafe – aber ich glaube, entscheidender ist für Semiya, dass polizeiliche Ermittler im Zeugenstand, auf der großen Gerichtsbühne, vor den Augen und Ohren von Beobachtern aus vielen Ländern, ganz offiziell bestätigten: Enver Simsek war nicht schuldig! Semiyas Anwalt Jens Rabe fragte einen Ermittlungsbeamten im Prozess ganz gezielt: Ist es also richtig, dass sich alle Verdächtigungen gegen Enver Simsek als haltlos herausgestellt haben? Und der Polizist bekräftigte: Ja, das ist richtig. Für die meisten Journalisten war das vermutlich kein besonderer Moment, ihnen mag diese Aussage wie eine Selbstverständlichkeit vorgekommen sein, wie etwas, das doch sowieso schon jeder längst wusste. Aber für Semiya war es wohltuend, diese Aussage zu hören, unmissverständlich, zum Mitschreiben für die ganze Welt: Enver Simsek war ein reines Opfer, er war kein halber Täter!

Der Schmerz wird bleiben. Das Trauma sitzt tief. Der Verlust, den diese Familie erlitten hat, ist nicht wiedergutzumachen. Dennoch habe ich den Eindruck, dass Semiya – bei aller Trauer, die ihr ein lebenslanger Begleiter sein wird – doch zukunftsmutig nach vorne schaut. Ihr hilft, dass sie von Menschen umgeben ist, die sie lieben; ihr hilft, dass die Gesellschaft irgendwann endlich doch das unverschuldete Leid anerkannt hat, das diese Familie erdulden musste; ihr hilft, dass sie sich selbst aus der Ohnmacht, der Fremdbestimmung befreit und ihre eigene Sicht der Dinge deutlich und vernehmbar kundgetan hat.

#### Über den Autor

Peter Schwarz ist Redakteur beim Zeitungsverlag Waiblingen. Das Buch „Schmerzliche Heimat – Deutschland und der Mord an meinem Vater“ ist erschienen im Verlag Rowohlt.Berlin.

# Mehr Opfer – weniger Aufmerksamkeit

Angriffe auf Geflüchtete, ihre Unterstützer\_innen und Unterkünfte nehmen zu, doch die Wahrnehmung dieser Gruppen als Opfer rechter Gewalt lässt nach

Von Seán McGinley



Die Anzahl der Angriffe auf geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte in Baden-Württemberg ist im Jahr 2016 stark angestiegen – sogar noch stärker als im bundesweiten Durchschnitt. Basierend auf den vorläufigen Zahlen der „Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle“ der Amadeu-Antonio-Stiftung, gab es 129 Angriffe, gegenüber 75 im Jahr zuvor. Darunter waren zwölf tätliche Angriffe (2015: 4) und neun Brandanschläge (8). Bei den Angriffen wurden 23 Personen verletzt, 19 mehr als ein Jahr zuvor. Deutschlandweit gab es 1836 Angriffe, gegenüber 1251 im Jahr zuvor. Die Anzahl der Verletzten stieg von 267 auf 458.

Dieser erschreckende Trend wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch verstärken, denn gerade für das letzte Quartal sind die Angaben noch unvollständig. Die Angaben der Chronik werden aus mehreren Quellen bezogen: Zum einen aus Presse- und Polizeimeldungen, zum anderen aus den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Fraktion DIE LINKE. Dabei werden quartalsweise die neuesten Zahlen abgefragt – die Antwort für die Anfrage zum vierten Quartal stand bis Redaktionsschluss noch aus. Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass ein erheblicher Anteil der Angriffe erst durch diese Anfragen bekannt wird – nur ein kleiner Teil wird anhand von Presse- oder Polizeiveröffentlichungen in die Chronik eingepflegt. So gibt es nur zu 26 der 123 Angriffe in den ersten drei Quartalen 2016 die Angaben von Links auf Presse- oder Polizeimeldungen.

Bei den Angriffen, die in dieser Statistik erfasst werden, geht es um tätliche Angriffe, Brandanschläge und „sonstige Angriffe auf Unterkünfte“. Hierzu gehören beispielsweise eingeworfene

Fensterscheiben, mutwillige Wasserschäden oder rassistische Schmierereien am Gebäude. Auch wenn es nicht immer zu einem physischen Angriff auf Menschen kommt, so tragen alle diese Angriffe dazu bei, bei Geflüchteten und ihren Unterstützer\_innen ein Klima der Angst und der Einschüchterung zu erzeugen und aufrechtzuerhalten.

## Gefährliche Normalisierung und Relativierung

Rassistische Übergriffe auf geflüchtete Menschen, ihre Unterkünfte und ihre Unterstützer\_innen wurden in den vergangenen Jahren immer wieder über den lokalen Rahmen hinaus in den Medien thematisiert. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist besorgt, dass mittlerweile ein gewisser „Normalisierungseffekt“ eingetreten ist und dass Anschläge dieser Art in vielen Fällen bestenfalls eine kleine Meldung in der Lokalpresse wert sind. Dass die allermeisten Übergriffe erst durch die Bundestagsanfragen der LINKEN ans Licht kommen, könnte ein Indiz dafür sein, dass es tatsächlich ein geringeres Medieninteresse gibt, oder dass weniger Menschen von den Angriffen Notiz nehmen und sie den Betreiber\_innen der Chronik melden. Dies ist eine gefährliche Entwicklung. Zum einen, weil rassistische Gewalt niemals zur Normalität werden darf, zum anderen, weil die Angriffe so aus dem öffentlichen Fokus verschwinden und nicht mehr als Problem wahrgenommen werden. Selbst Personen, die sich für Geflüchtete engagieren und dieses Thema relativ aufmerksam verfolgen, sind oft überrascht, wenn man ihnen erklärt, dass die Anzahl der rassistischen Angriffe 2016 erheblich angestiegen ist.

Selbst wenn über Angriffe berichtet wird, geschieht dies mitunter auf eine Weise, die extrem problematisch ist. So berichtet das Polizeipräsidium Karlsruhe über einen Vorfall am 29. Januar in Bruchsal-Heidelsheim, bei dem eine Zeugin „eine Personen-Gruppe von 4 bis 5 jungen Männern, welche in aggressiver Art und Weise gegen zwei Flüchtlinge agierten“ beobachtete. Und weiter: „Zuvor musste es wohl zwischen den Beteiligten zu Schlägen und Tritten gekommen sein, wodurch sich die beiden Flüchtlinge Verletzungen im Gesichts- und Rückenbereich zuzogen. Auf Ansprache der Zeugin hin entfernten sich die 4 bis 5 Aggressoren dann von der Tatörtlichkeit. [...] Die beiden geschädigten Männer [...] wurden zur ambulanten Behandlung ihrer Verletzungen in ein nahegelegenes Krankenhaus verbracht.“ (Text original).

Diesen Bericht versah das Polizeipräsidium mit der Überschrift „Zwei Flüchtlinge in tätliche Auseinandersetzung verwickelt“ – eine eigenwillige Interpretation, wenn laut Zeugenbericht zwei Geflüchtete von einer zahlenmäßig überlegenen Gruppe von aggressiven Personen geschlagen und getreten wurden.

Eine noch eigenwilligere Sichtweise – die aber keineswegs selten ist – lieferte die Kriminalpolizei Böblingen, als sie nach Hakenkreuzschmierereien an einem Wohnhaus in Ingersheim am 23. September davon sprach, dass es zu früh sei, von einem rechtsradikalen Hintergrund auszugehen.

Auch bei der fünf- bis sechsköpfigen Gruppe, die in der Nacht vom 4. auf den 5. März 2016 mit einer Schreckschusspistole auf eine Geflüchtetenunterkunft in Hemsbach (Rhein-Neckar-Kreis) schoss, erkannte die Polizei „keinen Hinweis auf eine fremdenfeindliche Tat“. Einem nachfragenden Lokaljournalisten gab man allerdings keine Antwort auf die Frage, wie man zu dieser Einschätzung gelangt war.

### Regionale Schwerpunkte

Die Vorfälle, um die es in diesem Beitrag geht, sind relativ gleichmäßig im ganzen Land verteilt. Nur in den Landkreisen Calw und Zollernalbkreis wurde 2016 kein Angriff auf Geflüchtete oder ihre Unterkünfte gemeldet. Die höchste Anzahl der Angriffe (neun) gab es im Rhein-Neckar-Kreis. Diese absoluten Zahlen sind angesichts der unterschiedlichen Größe und Bevölkerungszahl der Städte und Landkreise mit Vorsicht zu bewerten – der Rhein-Neckar-Kreis ist schließlich der bevölkerungsreichste Kreis im Land, aber angesichts der Tatsache dass 2015 „nur“ drei rassistische Angriffe im Rhein-Neckar-Kreis gemeldet wurden, kann hier schon von einer Negativentwicklung gesprochen werden. Mehr als fünf Angriffe gab es des Weiteren 2016 auch in der Landeshauptstadt Stuttgart, sowie in den Landkreisen Biberach, Böblingen, Esslingen und Heilbronn. 2015 hatte noch der Rems-Murr-Kreis mit acht Angriffen die größte Häufung.

### Vieles bleibt im Dunkeln

Da die meisten Angriffe, wie bereits dargelegt, nur aus den Antworten auf die Bundestagsanfragen bekannt werden, gibt es hierzu keine weiteren Angaben als die, die in der tabellarischen Übersicht enthalten sind, die die Bundesregierung als Antwort auf diese Anfragen zur Verfügung stellt: Datum, Ort, Straftatbestand und die Angabe, ob sie als „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ eingestuft wurden. Dies hat zum Beispiel zur Folge, dass bei vier Angriffen zwar bekannt ist, dass es Verletzte gab (weil aus der Antwort der Bundesregierung hervorgeht, dass wegen (schwerer) Körperverletzung ermittelt wurde), jedoch nicht die Anzahl der Verletzten. Es ist also nicht auszuschließen, dass es sogar mehr als 23 Verletzte gab.

Die Fälle, in denen Details zum Tathergang vorliegen, sind also in der Minderheit. Der (dem Anzahl der Verletzten nach bemessen) schwerste Angriff ereignete sich am 31. Januar in Heilbronn-Böckingen, als sechs Geflüchtete aus Syrien und dem Irak durch Reizgas verletzt wurden, das im Flur ihrer Unterkunft versprüht wurde.

In einem anderen, besonders dramatischen Fall, drang am 10. Mai ein 26-Jähriger in eine Geflüchtetenunterkunft in Albbbruck (Lkr Waldshut) ein und randalierte. Unter anderem warf er mit einem Feuerlöscher ein Fenster ein, beschädigte das Inventar und griff zwei Personen mit Faustschlägen und dem Feuerlöscher an. Dabei machte er „rechte Äußerungen“, wie die Lokalpresse festhielt.

Besonders schwer ist es, an Informationen zu kommen über Angriffe auf Ehrenamtliche oder andere Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Zwar wird auch der Punkt Angriffe „gegen Hilfsorganisationen, ehrenamtliche/freiwillige Helfer“ in den regelmäßigen Anfragen der LINKEN im Bundestag abgefragt, aber bei den Antworten fehlt die Angabe des Bundeslandes, so dass es teilweise zu Unklarheiten bei der geografischen Zuordnung kommt. Zu den zweifelsfrei Baden-Württemberg zuzuordnenden Fällen, die hier aufgelistet sind, (31.1., Illingen / Enzkreis – Volksverhetzung, 1.2., Unterensingen / Lkr Esslingen – Beleidigung, 22.7. Heilbronn und 30.8. Bammatal / Rhein-Neckar-Kreis – jeweils Bedrohung) lassen sich weder Polizei- noch Pressemeldungen finden.

### Bleiberecht für Geflüchtete, die Opfer rechter Gewalt werden

Punktuell werden weitere Fälle von rassistischen Übergriffen gemeldet, die nicht in der genannten Chronik auftauchen. So hat der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zusammen mit LEUCHTLINIE und dem Landesverband der Sinti und Roma über längere Zeit eine serbische Roma-Familie in Langenargen (Bodenseekreis) unterstützt, die unter andauernden rassistischen Schikanen und Anfeindungen seitens der Nachbar\_innen litt. Leider wurde diese Situation dadurch aufgelöst, dass die Opfer zum Umzug in eine wesentlich schlechtere Unterkunft gezwungen wurden.

Der Flüchtlingsrat ist besorgt über die zunehmende rassistische Gewalt und über die Art und Weise, wie diese immer weniger thematisiert wird. Zudem besteht die Sorge, dass es neben den zahlreichen dokumentierten Fällen weitere gibt, die nicht bekannt werden – beispielsweise, weil die Betroffenen aus Angst oder aus Unkenntnis bezüglich ihrer Rechte, sich weder an die Polizei noch an unabhängige Hilfsorganisationen oder Beratungsstellen wenden. Daher setzt sich der Flüchtlingsrat für Aufklärung ein und bewirbt beispielsweise das Hilfsangebot von LEUCHTLINIE. Auf politischer Ebene fordert der Flüchtlingsrat, analog zu einer kürzlich von der Landesregierung von Brandenburg angekündigten Initiative, ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt einzuführen. Es ist nämlich ein Skandal, wenn rassistische Gewalttäter ungestraft davonkommen, weil ihre Opfer abgeschoben werden, bevor es zur Gerichtsverhandlung kommt – oder weil Menschen ohne Papiere sich nicht trauen, rassistische Angriffe anzuzeigen, weil sie Angst vor einer Abschiebung haben. Und schließlich wäre eine solche Bleiberechtsregelung ein klares Zeichen an die Täter, dass sie mit ihren Taten ihre Ziele, nämlich geflüchtete Menschen aus Deutschland abzuschrecken, nicht erreichen werden.

### Über den Autor

Seán McGinley ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg



# Wohnungs- und Obdachlose als Opfer von sozialdarwinistischer Gewalt

Von Lucius Teidelbaum



Foto: J. Röder

Die generell geringe Aufmerksamkeit für die Situation von Wohnungs- und Obdachlosen führt häufig auch zu einer Nichtbeachtung der Gewalttaten gegen Obdachlose und der dahinter stehenden Motive. Häufig wird auch das sozialdarwinistische Motiv bei Gewalt gegen wohnungslose Menschen, bis hin zum Mord, gar nicht erkannt oder thematisiert.

Nach Schätzungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ (BAGW) gab es in Deutschland im Jahr 2015 ungefähr 335.000 Wohnungslose, das heißt Menschen, die nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten (verdeckte oder latente Wohnungslosigkeit). Etwa 39.000 Personen davon lebten ohne jede Unterkunft auf der Straße, waren also obdachlos im engeren Sinn.

### Sozialdarwinismus – ein „Extremismus der Mitte“

Grundsätzlich bezeichnet Sozialdarwinismus die Abwertung von Menschen auf Basis der ihnen zugeschriebenen sozialen oder ökonomischen Stellung. Alternative Begrifflichkeiten wären Klassismus, Sozialchauvinismus oder Nützlichkeitsrassismus.

Sozialdarwinismus richtet sich aber nicht nur gegen Obdachlose, sondern auch gegen Langzeiterwerbslose und andere sozial Marginalisierte. Obdachlosenhass, Obdachlosen-Ablehnung, -Diskriminierung oder Obdachlosen-Feindlichkeit ist somit nur eine Teilmenge des Sozialdarwinismus. Obdachlosenhass richtet sich entweder speziell gegen Obdachlose oder wählt diese Gruppe auf Grund ihrer leichten Verfügbarkeit als Opfer aus. Sozialdarwinismus wurzelt, von allen gruppenbezogenen, menschenfeindlichen Ressentiments, vermutlich am stärksten im vorherrschenden Wirtschaftssystem, in dem der Wert eines Menschen durch die von ihm erbrachte Leistung bestimmt wird.

Armut wird dabei einerseits individualisiert (eigenes Verschulden), andererseits auch wieder biologisiert (Gene als Voraussetzung für Intelligenz), wenn z.B. Thilo Sarrazin (SPD) die Unterschicht zum Reservoir sich ständig fortplanzender Dummheit und Faulheit erklärt.

Mit dem Aufkommen der Wirtschaftskrise kam es in den „besseren Kreisen“ zwischen 2009 und 2010 zu messbaren, verschlechterten Einstellungen gegenüber Erwerbslosen, sozial Benachteiligten und Migrantinnen und Migranten. Die Bielefelder Forschungsgruppe um den Soziologie-Professor Wilhelm Heitmeyer sprach davon, dass die höchste von ihnen ermittelte Abwertung von Langzeiterwerbslosen durch „Gutverdiener“ erfolge. In der Heitmeyer-Studie werden neben Langzeiterwerbslosen auch Obdachlose als Betroffene von Abwertung und Ausgrenzung benannt: „Ökonomistischen Bewertungskriterien können neben den Langzeitarbeitslosen weitere Gruppen zum Opfer fallen, die nur einen geringen oder gar keinen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Marktgesellschaft beitragen. Letzteres gilt insbesondere für jene Personen, die in der Sozialhierarchie noch unter den Langzeitarbeitslosen stehen und deren Arbeitsmoral als noch geringer geschätzt wird: die Obdachlosen.“

### Sozialdarwinistische Gewalt

Die feindlichen Einstellungen gegen sozial Marginalisierte führen nicht nur zu einem strukturellen Sozialdarwinismus (Ausgrenzung, Verdrängung, Vertreibung), sondern auch zu direkten Übergriffen. Der Obdachlose Andreas, seit 1985 wohnsitzlos, wird in der Ausstellung „un-gewohnt“ mit den Worten zitiert: „Ich danke dem Herrgott jeden Tag, dass ich auf meiner „Platte“ wieder lebendig aufwache. Ich bin schon oft überfallen worden.“

Offensichtlich gehören nicht nur Ausgrenzungserfahrungen, sondern auch Gewalterfahrungen für viele obdachlose Menschen zum Leben auf der Straße dazu.

Es handelt sich ganz überwiegend um situative Gewalt, das heißt, sie ist kaum geplant. In Fällen von Gewalt gegen Obdachlose fällt generell auf, dass die Gewalt sehr enthemmt eingesetzt wird, auffällig lange Tatzeiten und extreme Brutalität sind charakteristisch und klarer Hinweis darauf, dass die Täter\_innen Obdachlosen den Status als „vollwertige Menschen“ absprechen.

Sozialdarwinistisch motivierte Gewalt verbindet sich nicht selten mit anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. So lassen sich Überschneidungen zu Homophobie, zu Behindertenfeindlichkeit, zu Rassismus, zu Antiziganismus und vereinzelt sogar zu Antisemitismus feststellen.

Laut der in Berlin erscheinenden Straßenzeitung „Motz“ werden die Gewalttaten seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend von Tätergruppen verübt. Franziska Walter, Krankenschwester in einem Treffpunkt für Obdachlose, sagte in der NDR-Dokumentation „Wenn das Leben entgleist“ von 2012: „Vor allem am Wochenende kommt das vor. Wenn Wohnungslose im Schlafsack liegen, schon fest schlafen, plötzlich ein Übergriff von betrunkenen Jugendlichen stattfindet. Manchmal wird das sogar mit Handy gefilmt von anderen Personen. [...] Das ist so überraschend. Die meisten können sich gar nicht so schnell wehren, aus dem Schlafsack herauszukommen, um sich zur Wehr zu setzen, um überhaupt zu reagieren.“

Es gibt vor allem zwei Gruppen von Täterinnen und Tätern. Einmal Personen, die durch ihr Äußeres (Szene-Kleidung, Tattoos), ihre Aktivitäten in der Vergangenheit oder ihre organisatorische Anbindung eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind. Dabei inszenieren sich neuerdings rechte Parteien und Organisationen gerne als Fürsprecher\_innen von denjenigen Obdachlosen, die sie dem eigenen Kollektiv („Volk“, „Rasse“, Religion) zuordnen. Allerdings ist diese plötzliche Hinwendung zu ‚deutschen Obdachlosen‘ als Objekt der Fürsorge erkennbar instrumenteller Art, denn sie geht zumeist damit einher, dass Obdachlose stark mit Geflüchteten in Konkurrenz gesetzt werden.

Neben den eindeutig zu verortenden Täterinnen und Tätern gibt es auch noch vermeintlich „unpolitische“ Jugendliche. Ein rechter Hintergrund der Taten wird von offiziellen Stellen in denjenigen Fällen meist geleugnet, in denen den Täterinnen und Tätern keine entsprechende Anbindung an die Szene nachgewiesen werden kann.

Dabei sind viele dieser Jugendlichen tatsächlich nicht der rechten Szene zuzuordnen. Ihr Motiv bleibt aber ein sozialdarwinistisches und ist somit der Kategorie rechte Gewalt durchaus zuzurechnen. Ähnlich wie beispielsweise Antisemitismus, ist Sozialdarwinismus keine Exklusivität der extremen Rechten, sie findet sich in allen politischen Spektren.

Im Ergebnis vermerkt die alternative Chronik rechter Todesopfer für den Zeitraum 1989 bis 2010 mindestens 28 ermordete Obdachlose durch rechte Gewalt. Das könnte aber nur die Spitze des Eisbergs sein. Denn von 1989 bis 2011 wurden nach Informationen der BAGW 167 wohnungslose Menschen von Täterinnen und Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene getötet. Die offiziellen Angaben der Behörden helfen hier kaum weiter. Erst seit 2001 gehören zum behördlichen Erfassungssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) auch Straftaten „wenn





„...allen auf der Tasche gelegen...“, „...die Umwelt verschmutzt...“ – Schlafstätte von Obdachlosen unter einer Brücke.

die Umstände oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sich gegen eine Person aufgrund [...] ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet“. Häufig werden die Taten trotzdem nicht als solche eingeordnet. Bei keiner anderen Opfergruppe wird das Tatmotiv so häufig ausgeblendet, wie bei Obdachlosen.

### Fazit: Obdachlosen-Feindlichkeit als eigene Kategorie anerkennen!

Sozialdarwinismus gegen sozial Marginalisierte äußert sich in struktureller Gewalt (Ausgrenzung, verbale Anfeindung) und direkter Gewalt (Übergriffe), bis hin zum Mord. Da es aber an einer kritischen Öffentlichkeit mangelt, wird dieses Motiv kaum beachtet. Nur wenn sich unter den Täterinnen und Tätern Personen finden, die eindeutig der extrem rechten Szene zuzuordnen sind, wird ein rechtes Motiv vermutet. Dabei sollte das Motiv für sich den Charakter einer Tat definieren und nicht die Anbindung der Täterinnen und Tätern an die rechte Szene. Ein sozialdarwinistisches Motiv wird von vielen Täter\_innen auch erstaunlich offen vor Gericht eingestanden, wenn sie versuchen, ihre Tat zu rechtfertigen. Da heißt es dann, ihr Opfer habe „allen auf der Tasche gelegen“ oder hätte „die Umwelt verschmutzt“.

Obdachlose stellen eine besonders von rechter, sozialdarwinistisch motivierter Gewalt bedrohte Gruppe dar, da sie teilweise eine spezifische Anfeindung als „Penner“ erleben und sich durch eine besondere Schutz- und Wehrlosigkeit auszeichnen. Ein Umstand, um den auch die Täterinnen und Täter wissen. Auch deswegen zeigen Obdachlose einen Angriff praktisch nie an, weil bei ihnen die Angst vor Rache am größten ist, vor der sie sich ja nirgendwo in Sicherheit bringen können. Hinzu kommen schlechte Erfahrungen mit den Behörden und eine fehlende Adresse für weitere Ermittlungen.

Deswegen muss besonders bei dieser Gruppe eine aufsuchende Unterstützung im Umgang mit erlebter sozialdarwinistischer Gewalt gewährleistet werden.

Beispiele für (mutmaßlich) sozialdarwinistisch motivierte Gewalt in Baden-Württemberg:

- Im Januar 2005 traten in Stuttgart zwei 16jährige einen Obdachlosen zu Tode. Der Wohnungslose ist gehbehindert und völlig hilflos. Die Jungen trafen ihr Opfer in der Straßenbahn.

An der Endhaltestelle stießen sie ihn mit einem Tritt zu Boden und traten dann abwechselnd mehrmals heftig gegen seinen Kopf. „So wie man Fußball spielen würde“, sagt später der Richter. Die beiden gestehen, können aber kein Motiv angeben.

- Am Morgen des 3. November 2013 wurde gegen 3 Uhr in Schwenningen ein 59-jähriger Wohnsitzloser, der sich im Innenhof einer Schule schlafen gelegt hatte, von zwei Jugendlichen im Alter von 16 und 20 Jahren angegriffen. Die beiden Täter trafen bei einem nächtlichen Spaziergang zufällig auf den Schlafenden. Sie weckten und provozierten ihn, dann bewarfen sie den Obdachlosen unter anderem mit mehreren faustgroßen Steinen. Der Angegriffene fand hinter einem Pfeiler Schutz und wurde nicht verletzt.<sup>1</sup>
- In der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember 2015 zündeten Unbekannte in einer Fußgängerunterführung beim Hauptbahnhof in Lörrach den Schlafsack eines 50-jährigen Obdachlosen an. Der Mann wachte auf und wurde nicht verletzt.<sup>2</sup>
- Vom 13. auf den 14. Juli 2016 wurde in Stuttgart ein Obdachloser ausgeraubt. Ein Artikel beschreibt: „Ein Unbekannter hat in der Nacht auf Sonntag im Oberen Schlossgarten einem 25-jährigen schlafenden Mann an mehreren Stellen das Haupthaar wegrasiert, ihn geschlagen und ausgeraubt. Der Täter hatte sich gegen 3 Uhr an dem Obdachlosen mit einem Elektrorasierer zu schaffen gemacht. Als der 25-jährige dabei erwachte, schlug der Unbekannte mehrfach zu, griff sich die Umhängetasche seines Opfers, in der Bargeld und ein Mobiltelefon steckten, sowie einen Rucksack mit zwei Angeln, einem Messer und schwarzen Schuhen drin. Auch das Fahrrad des Opfers nahm der Mann mit. Gesamtwert des Diebesguts: 2000 Euro.“<sup>3</sup>

### Über den Autor

Lucius Teidelbaum ist freier Journalist, Publizist und Rechercheur zum Thema extreme Rechte. Von ihm erschien der Band „Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus“ im Unrast-Verlag (2013).

1 Pz: Villingen-Schwenningen Jugendliche greifen Obdachlosen an, 03.11.2011, <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.villingen-schwenningen-jugendliche-greifen-obdachlosen-an.5735bfc3-4577-4a39-8d0f-d9f07258fbcc.html>

2 bz: Obdachloser wacht in brennendem Schlafsack auf, 02. Dezember 2015, <http://www.badische-zeitung.de/loerrach/obdachloser-wacht-in-brennendem-schlafsack-auf--114617559.html>

3 eb: Obdachloser ausgeraubt, in: Schwäbisches Tagblatt, 19.07.2016



# „Warum sagen mir alle „Opfer“?“

## Der Begriff „Opfer“ in der Alltagssprache

Von Werner Schulz



Nutzer „Thom90“ klingt verzweifelt. Auf der Frage-Antwort-Plattform „gutefrage.net“ postet er seinen Hilferuf: „Ich verstehe nicht, warum mir alle Jungs in meiner Klasse „Opfer“ sagen. Ich bin nett, ich helfe wo ich kann (...). Die machen mich so oft damit fertig, dass ich mittlerweile richtig unterwürfig geworden bin...“. Ganz offensichtlich ist „Thom90“ einem klassischen Mobbing-Übergriff durch seine Klassenkameraden „zum Opfer gefallen“. Ein einzelner wird von einer Gruppe diskriminiert und zum Spielball gemacht. Ausgerechnet mit dem Wort „Opfer“ machen sie ihn fertig. So lange, bis er sich schließlich selber als Opfer fühlt – und auch so verhält: verunsichert, Hilfe suchend.

Dieses aktuelle Beispiel (aus dem Jahr 2016) macht deutlich, welche enorme Kraft Worte besitzen, welch mächtigen Einfluss die Sprache haben kann, auch auf unser soziales Miteinander. Und dieses Beispiel zeigt, dass sich Bedeutung und Verwendung des Begriffs „Opfer“ in der deutschen Alltagssprache drastisch verändert haben. Es ist neu, dass das Wort „Opfer“ zur verbalen Keule taugt. Bislang wurde der Begriff in zwei gänzlich anderen Zusammenhängen verwendet, man sprach vom „heiligen“ Opfer und vom „geschädigten“ Opfer (s. Kasten).

Seit Beginn der 2000er Jahre, heißt es bei Wikipedia, „tritt das

Wort Opfer als Schimpfwort im deutschen Sprachraum auf“. Das klingt ganz so, als sei es eben plötzlich da gewesen, dieses Schimpfwort, wie vom Himmel gefallen. Aber Worte fallen nicht vom Himmel, sie „treten“ nicht einfach auf. Worte werden gesprochen, wiederholt, benutzt, gebraucht. Und das Wort Opfer wird seit einigen Jahren auch so gebraucht, d.h. so ausgesprochen und so verstanden, dass damit jemand abqualifiziert und beschuldigt werden kann. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von abwertenden Opfer-Unterkategorien: Man hört Sätze wie „Das weiß doch jeder, du PISA-Opfer!“, „Schon wieder shoppen, Du Marketing-Opfer?“, „Wer geht denn auf diese Opferschule?“. Zunehmend wird der Begriff auch adverbial im Sinne von „dumm“ benutzt: „Wäre ziemlich Opfer, jetzt einfach abzuspringen“. Und als Kombination aus „Mobbing“ und „Opfer“ entstand der lächerlich klingende Ausdruck „Mopfer“. Der Sinnzusammenhang, den Jugendsprache dem Begriff „Opfer“ neu gegeben hat, ist abwertend und absolut negativ.

Ähnlich schonungslos wie mit Opfern gehen Jugendliche in ihrem Sprachcode auch mit anderen Randgruppen und Minderheiten um und etablieren aus deren Lebenswelten neue Schimpfbegriffe in ihrem Wortschatz: „Spasti“, „Penner“, „Schwuchtel“, „voll behindert“, „schwul“, „homo“,...

## Andere Zeiten – andere Schimpfworte

Muss man solche Schimpfworte als problematisch werten, weil sie Menschen aufgrund ihrer persönlichen Merkmale oder Lebensweisen kränken, diskriminieren und entwürdigen? Oder muss man darauf bestehen, dass Jugend frech sein und auch mal Grenzen einreißen darf, wenigstens sprachliche? Kann man also die verbalen Neuerungen einfach als Demonstration jugendlicher Freiheit und Kreativität sehen? Letztere Interpretation, die bequemere, ist heute die gängige Praxis<sup>1</sup>. Ob allerdings das Loblied auf jugendliche Sprachschöpfung auch dort angebracht ist, wo sich die „Kreativität“ auf dem Rücken von Minderheiten auslebt?

Unbestritten ist, dass gerade Sprache eine Menge kreatives Potential enthält. Mit der Sprache schaffen wir Neues, neue Ideen, neue Verbindungen zwischen Menschen, neue Konfliktlösungen. Genauso aber auch: neue Vorurteile und neue Feindbilder.

Nicht die Sprache „entwickelt sich“, sondern die Menschen betreiben die Sprachentwicklung. „Sprache ändert sich meistens, weil sich die Gesellschaft ändert“, so David Crystal in der „Cambridge Enzyklopädie der Sprache“. Andere Zeiten, andere Sprache – andere Schimpfworte. Was also hat sich geändert in unserer Gesellschaft, wenn sie andere Schimpfworte braucht? Was spiegeln die neuen Schmähworte über die Sprechenden (Schreibenden, Postenden...) und deren aktuelle, gesellschaftliche Lebenswirklichkeit wider? Was sagt die längst nicht mehr nur auf Schulhöfen verbreitete Verwendung von Schimpf- und Hassbegriffen, die sich auf Minderheiten und Schwache beziehen, über das gesellschaftliche Umfeld aus? Über die Sicht auf Minderheiten? Über die Formen des Umgangs mit Schwächeren? Und ganz aktuell drängen sich weitere Fragen auf: Waren die als kreativ gewerteten Ausdrücke der Jugendsprache – Mongo,

Spasti, Schwuchtel – vielleicht schon erste Anzeichen für eine Verrohung des Diskurses, wie wir sie heute auf breiter Ebene erleben<sup>2</sup>. Gehören sie zu den Vorboten des verbalen Hasses, den wir heute allenthalben beklagen? Sind sie Grundzutaten für die aktuelle Entwicklung in Sachen Hassrede gegen Fremde, Flüchtlinge, Schwache, Nicht-dazu-Gehörende? Sicher immerhin ist: auch die Sprache, die wir heute Hatespeech nennen, fiel nicht einfach vom Himmel.

## Warum gerade Minderheiten?

Eine grundsätzliche Frage ist: Warum wurden und werden gerade die Minderheiten für Schimpfworte verwendet? Als Antwort auf der individuellen Ebene, für einzelne Sprechende, ist zu vermuten, dass der negative Sinnzusammenhang und der abfällige Gebrauch dieser Schimpfbegriffe zunächst persönlicher Ausdruck einer – vielleicht unbewussten – Angst vor den jeweiligen Rollenzuschreibungen ist: wer schwul als Schimpfwort benutzt, wehrt Homosexualität primär von sich selbst ab, wer Opfer als Schimpfwort gebraucht, hat selber Angst, Opfer zu werden und zu verlieren: an Status, an Macht, an Souveränität. Aber individuelle Ängste allein erklären keinen sprachlichen Wandel in einer komplexen Gesellschaft.

Wenn sich Sprechweisen verbreiten und anhaltend gebraucht werden, dann ist augenscheinlich eine gesellschaftliche Grundhaltung für ihre Akzeptanz, ein „Nährboden“ vorhanden. Wo sich Worte einbürgern können, da treffen sie auf einen zeitgeistlichen Resonanzraum für ihre Echos. Historische Beispiele für diesen Zusammenhang finden sich zur Genüge: Im Zeitalter des Kolonialismus etwa etablierte sich eine Herrenmenschen-Sprache gegenüber Ureinwohnern. In Kriegszeiten zogen militärische Begriffe in die Alltagssprache ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen mit der Bewunderung für die USA die Anglizismen ins Deutsche.

Auch die verbreiteten Verwendung von „Du Opfer!“ oder „Hey Opfer!“ als Ausdruck für ungeliebte, verhasste und verabscheute Menschen, für Schwächlinge und Versager, trifft auf einen „Nährboden“, auf eine in der Gesellschaft insgesamt erlebbare

1 Die Sprachwissenschaftlerin Nora Sties, selbst querschnittsgelähmt und Rollstuhlfahrerin, sieht im Interview mit der Aktion-Mensch-Zeitschrift „Menschen“ kein Problem, wenn sich Jugendliche etwa als „Spacko“ beschimpfen. „Da kann ich nichts Schlimmes bei finden. Sprache dient hier als Mittel, um sich von Erwachsenen, aber auch anderen spezifischen Gruppen abzugrenzen: „Wer bin ich?“, „Wer sind die anderen?“. (...) Dabei stecken wir andere Menschen in Kategorien, und Minderheiten zählen zu den typischen Personenkategorien. Problematisch wird es, wenn Menschen nicht wegen persönlicher Erfahrungen, sondern aufgrund einer kategorialen Eigenschaft negativ bewertet werden und darauf eine negative Behandlung folgt – das ist Diskriminierung!“

[https://www.aktion-mensch.de/magazin/gesellschaft/jugend/jugend\\_sprache.html](https://www.aktion-mensch.de/magazin/gesellschaft/jugend/jugend_sprache.html)

2 Im Juni 2016 veröffentlichte der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband in München ein „Manifest“ gegen die Verrohung des Miteinanders, in dem es u.a. heißt: „Wir erleben eine Aggressivität, eine Sprache des Hasses, der Geringschätzung und Diskriminierung, persönliche Beleidigungen, bewusste Kränkungen und Ausgrenzung in Wort und Handeln.“ [http://www.blv.de/uploads/media/201607\\_haltungzaehlt.pdf](http://www.blv.de/uploads/media/201607_haltungzaehlt.pdf)

### „Heilige Opfer“

In rituellen und religiösen Zusammenhängen stand und steht der Begriff Opfer für die Darbringung einer Gabe, eines freiwilligen Verzichts oder einer Spende. Seit Urzeiten kennen und praktizieren Naturvölker und Religionen so genannte Opferrituale. Teils wurden und werden sie als Unterwerfungsgesten oder magische Beeinflussung der Götter dargebracht, teils als Zeichen der Buße oder der spirituellen Verbundenheit. Von vielen Christen wird der gewaltsame Tod Jesu Christi als „Opfertod“ zur Vergebung der Sünden der Menschen gewertet. Bis heute wird etwa in protestantischen Gottesdiensten in Württemberg nicht die Kollekte, sondern „das Opfer“ in Form von Geldgaben für soziale Zwecke im „Opferstock“ eingesammelt. Der Spender gibt ab, der Empfänger gewinnt dazu. Der Begriff Opfer erhält hier eine durchweg positive Bedeutung, denn die Abgabe bewirkt schließlich Gutes, und der Spender wird deshalb als gutherzig anerkannt und respektiert. Letzteres gilt im Alltag auch für kleinere und immaterielle Gaben, z. B. wenn jemand seine Freizeit für andere opfert. Aber Vorsicht: nicht übertreiben! Wo sich jemand aufopfert, da kippt die Richtung schnell ins Negative: Selbstaufopferung klingt schon nicht mehr nach Tugend, sondern eher nach (Helfer-) Syndrom.

### „Geschädigte“ Opfer

Am häufigsten jedoch kommt der Begriff Opfer in unserem Sprachgebrauch nach wie vor dann vor, wenn es darum geht, dass Menschen zu Schaden gekommen sind. Opfer meint hier Menschen, die Hab und Gut, Gesundheit oder das Leben verloren haben, durch Katastrophen, Unfälle, Kriege, Krankheiten oder durch Straftaten.

Um letztere, um die kriminologische Bedeutung des Begriffes Opfer, geht es im Kontext der Beratungsstelle LEUCHTLINIE

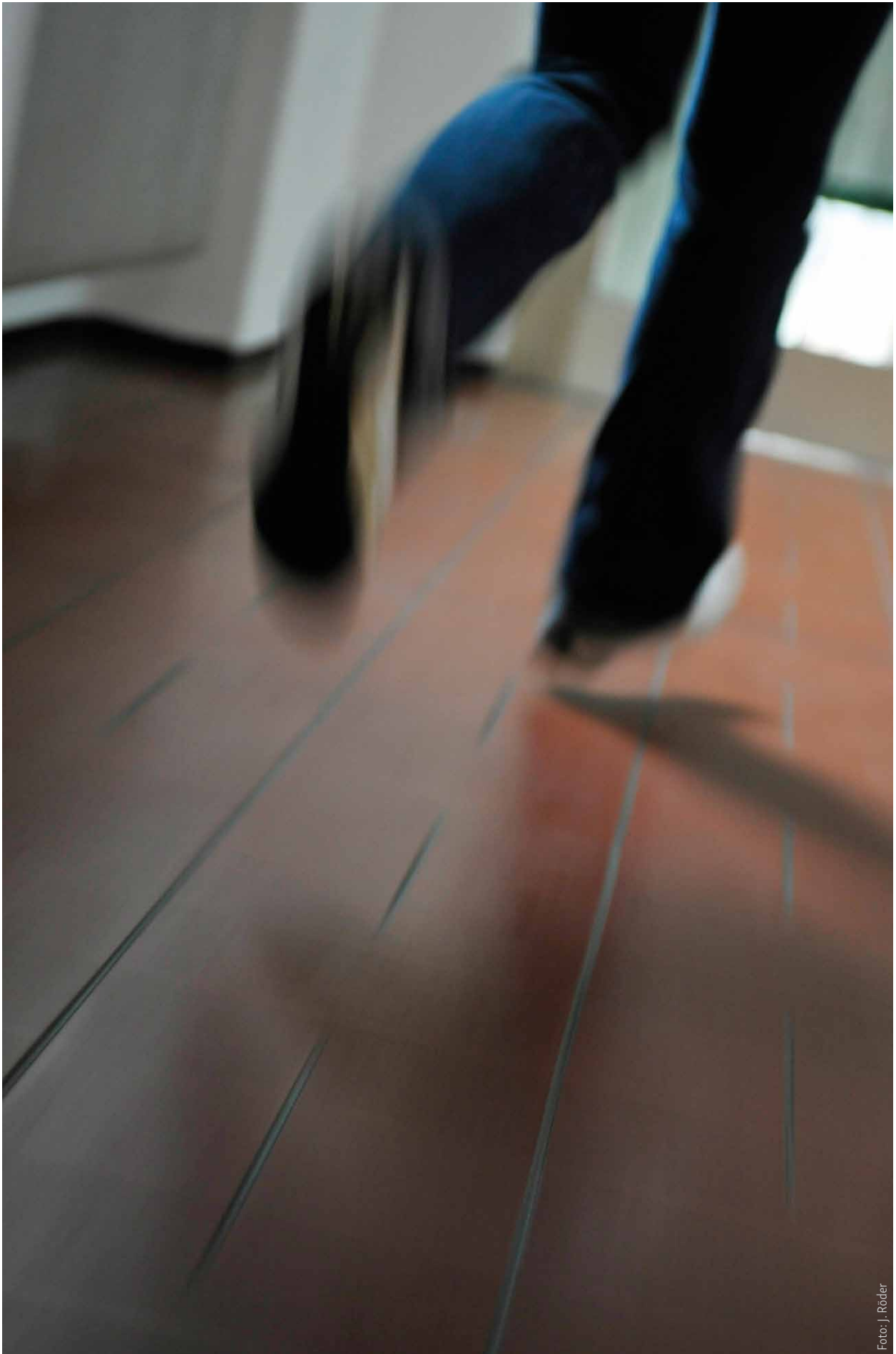


Foto: J. Röder



Neu-Interpretation von Opfer-Sein. Diese neue Deutung kann auf die Gleichung gebracht werden: Opfer ist gleich Loser. Bereits 2011 beklagte das „Netzwerk Betroffener von sexualisierter Gewalt e.V.“ in einem Positionspapier das „vorherrschende gesellschaftliche Paradigma, wonach „Opfer“ als Verlierer gelten“<sup>3</sup>. Die Opfer-Verlierer-Konnotation hat sich breit etabliert in einer Gesellschaft, die sich auf der permanenten Suche nach Gewinnern befindet, nach „Super-Stars“, „Top-Models“ und „Champions“. „The winner takes it all“ – den Siegern, den Machern, gehört die Welt und alle Aufmerksamkeit, mit ihnen identifiziert man sich. „The loser’s standing small...“ – Opferattribute dagegen lösen Minderwertigkeitsgefühle und Abwehrmechanismen aus. Opfer werden in der Gesellschaft mehr und mehr gesehen als inkompetente Versager, als Betreuungsfälle, Menschen, die nicht durchsetzungsfähig und irgendwie auch (zumindest mit-) schuldig an ihrer Opferlage sind. Opfer werden als Last, als Belästigung gesehen, von der man sich distanzieren will. Der Hassausdruck „Du Opfer!“ drückt einen Zorn, einen Vorwurf des Sprechenden aus. Der so betitelte Mensch wird nicht beklagt, verbunden mit menschlichem Mitgefühl, sondern angeklagt, als Nicht-Sieger-Wesen, das nicht dazu gehören und keinen Raum erhalten soll. Opferhass, wie er in dem Schimpfwort „Du Opfer!“ zum Ausdruck kommt, ist menschenfeindlich, weil er letztlich alles Schwache ablehnt und nur Stärke zulassen will.

### „Opfer“ oder „Betroffene“

Wo der Begriff Opfer den Anklang von Beschuldigung erhält, hat er nichts mehr zu tun mit der ursprünglichen Verwendung im Zusammenhang mit unschuldigem Erleiden, ist er nicht länger bezogen auf eine unvorhersehbare Katastrophe oder auf die verbrecherische Tat eines Täters.

Für die direkt betroffenen Menschen, etwa für Opfer sexueller, rechter oder häuslicher Gewalt, ist diese gesellschaftliche Deutung des Opferbegriffs sehr belastend. Menschen, die zum unschuldigen Objekt eines Täters wurden, reale Opfer von Unglücksfällen oder Verbrechen, leiden unter diesem stigmatisierenden Framing, diesem negativ besetzten Deutungsrahmen, des Opferbegriffs. Vor diesem Hintergrund sind viele Beratungsstellen dazu übergegangen, den – bislang noch – neutraleren Begriff „Betroffene“ für die Beschreibung ihrer Zielgruppen zu verwenden. Diese Entscheidung hat auch LEUCHTLINIE bei der eigenen Namensgebung getroffen.

Ein kurzer, griffiger und einprägsamer Name sollte für die Beratungsstelle gefunden werden. Ausgewählt wurde der Begriff LEUCHTLINIE. Zusammen mit dem Untertitel soll der Name nicht nur die Fachstelle, sondern auch das Tun (Menschen in schwieriger, „dunkler“ Situation beraten) und die dahinter stehende Haltung (menschenfreundlich, positiv) klar zum Ausdruck bringen: Ein Leuchten bringt Licht ins Dunkle, eine Linie verbindet ohne Umwege.

Zu entscheiden war bei der Namensgebung auch der Untertitel: Bietet LEUCHTLINIE Beratung für „Opfer“ oder für „Betroffene“? Die Wahl fiel aus mehreren Gründen auf den Begriff „Betroffene“. Zum einen, weil – wie beschrieben – der Begriff „Opfer“ in unserer Gesellschaft einen Bedeutungswandel in Richtung negativer Stigmatisierung erlebt. Zum anderen, weil für die Bewältigung von Gewalterfahrungen die persönlichen Stärken und Ressourcen benötigt werden. In einer „Opferrolle“ fühlt man sich da-

gegen mit den gemachten Ohnmachtserfahrungen verbunden. Wichtig ist beides. LEUCHTLINIE möchte deshalb in der Beratung würdigen, dass jemandem etwas Schlimmes passiert ist, wofür sie oder er keine Verantwortung trägt und dazu beitragen, dass die Stärken und Ressourcen wieder in den Blick kommen und zur Bewältigung des Erlebten genutzt werden können. In der Bezeichnung „Opferberatung“ wäre nur der erste Aspekt enthalten.



Foto: J. Röder

Damit wird aber auch deutlich: Ganz ohne den Begriff „Opfer“ können und wollen Beratungsstellen wie LEUCHTLINIE nicht arbeiten. Auch deshalb nicht, weil die Beratungsarbeit vielfach mit Kontexten der Kriminologie verbunden ist, und hier ist der Begriff des Opfers fest verankert und eindeutig definiert: gemeint ist die durch einen Täter oder eine Täterin geschädigte Person. Einige Staaten, darunter auch Deutschland, formulieren im so genannten „Opferrecht“ gesetzliche Richtlinien für Opferentschädigungen, die neben der materiellen Seite auch psychologisch sehr bedeutsam für Betroffene sind. Auch im Täter-Opfer-Ausgleich, der seit 1999 in die Strafprozessordnung aufgenommen wurde, spielt der Begriff Opfer eine wichtige Rolle und lässt sich nicht ersetzen.

Grundsätzlich sollte allen unschuldigen Menschen die individuelle Möglichkeit erhalten bleiben, sich nach dem persönlich empfundenen Leid einer erlebten Straftat selbstbestimmt so zu nennen, wie er oder sie sich im jeweiligen Kontext bezeichnen will: Betroffene\_r, Geschädigte\_r... – oder Opfer. Zunehmend mehr Menschen treffen für sich gerade diese Entscheidung. Vor allem Menschen, die sexuelle Gewalt erleiden mussten, formulieren verstärkt den Wunsch, als Opfer zu gelten und bezeichnet zu werden. „Betroffene“ des Verbrechens, so argumentieren sie etwa, sind viele Menschen: Angehörige, Partner, Freunde. Opfer sind nur sie alleine.

Es könnte durchaus sein, dass sich hier Bestrebungen abzeichnen, den Begriff Opfer zu verteidigen und ein Stück weit zurückzuerobern, d.h. ihn offensiv und bewusst zu gebrauchen und den Ausdruck aus der Stigma-Ecke herauszuholen. Nutzer „Thom90“ wäre vermutlich dankbar dafür.

### Über den Autor

Werner Schulz ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (TGBW)

<sup>3</sup> „netzwerk B“, Positionspapier, Stand: 11. Januar 2011  
<http://netzwerk.org/2011/01/13/was-kritisieren-wir-am-begriff-opfer-bzw-am-umgang-damit>

# „Gemeinsam stark!“

## Der LEUCHTLINIE-Beirat

Von Manuela Rukavina



**Für die landesweite Beratungsstelle „LEUCHTLINIE“, die allen Betroffenen von rechter Gewalt Hilfe und Unterstützung anbietet, hat sich am 7. April 2016 in Stuttgart ein interdisziplinär besetzter Beirat gebildet. Durch ihn soll die seit Jahresbeginn arbeitende Anlaufstelle fachliche Beratung und Begleitung erhalten und stärker in den beteiligten Netzwerken verankert werden.**

Ein außergewöhnlicher Beirat – eine außergewöhnliche Zusammensetzung: dem LEUCHTLINIE-Beirat gehören gezielt Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen an, die besonders durch rechte Gewalt gefährdet sind. Im Beirat sind seit der konstituierenden Sitzung folgende Verbände vertreten:

- Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg
- Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg e.V.
- Landesfrauenrat Baden-Württemberg
- Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg e.V.
- Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.
- Landesverband der kommunalen Migrant\*innenvertretungen Baden-Württemberg
- Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg e.V.
- Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Baden-Württemberg
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.

Daneben sind folgende Partner, Förderer und Träger im Beirat vertreten:

- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

- Demokratiezentrum Baden-Württemberg / Jugendstiftung Baden-Württemberg
- Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.
- Büro und Aktionsnetzwerk der Vielfalt.

Ziel des Beirates ist es, die Arbeit der Beratungsstelle durch unterschiedliche, fachliche Perspektiven zu begleiten. Es gilt zum einen, die Vielfalt der potentiell betroffenen Menschen abzubilden, und zum anderen, gruppenbezogene Schlüsse, Wünsche und auch Erwartungen für die Arbeit der Beratungsstelle aufzuzeigen. Der Beirat versteht sich im Grunde als Bündelung, als Kontaktknotenpunkt von Erfahrungen. Er wertet seine Konferenzen als Raum für den fachlichen und personellen Austausch zwischen Beratungsstelle, Träger und Verbänden. Diese Zusammenarbeit hat sich seit Gründung als sehr effektiv, kollegial und tragend gestaltet.

Die Beiratsmitglieder konnten die Beratungsstelle in ihren eigenen, verbandsinternen Veranstaltungen und Publikationen einem breiten Publikum vorstellen. Es wurde aber auch eine Veranstaltung gemeinsam durchgeführt, der Diskussionsabend „5 Jahre nach der Aufdeckung des NSU“.

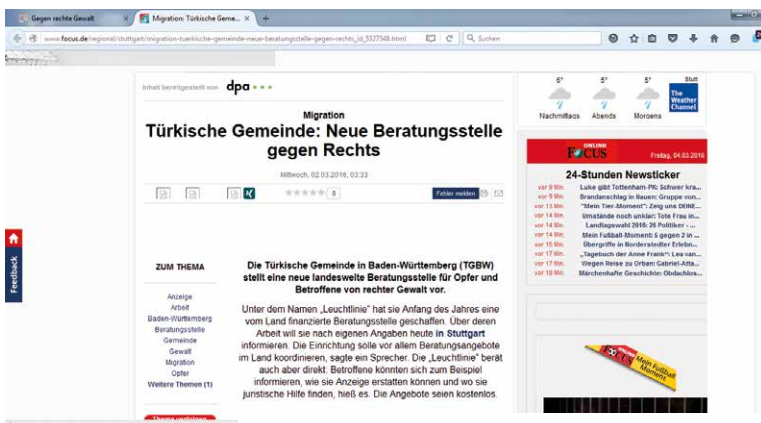
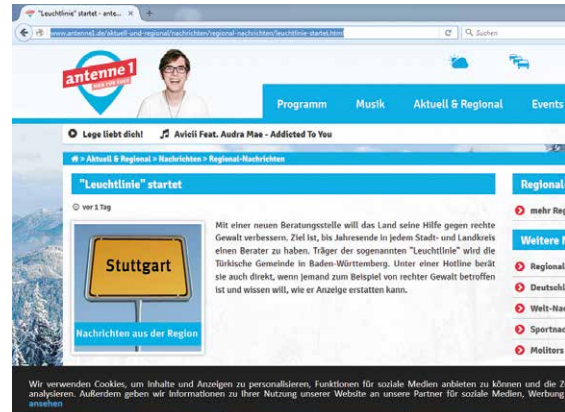
Aus Sicht des Beirates sollen solche Zusammenarbeiten fortgeführt werden. Sie stärken einerseits das Standing der Beratungsstelle, genauso aber auch stärken sie die Kooperation und den Austausch zwischen den einzelnen Beiratsmitgliedern. Auf diese Weise entsteht ein fruchtbarer Zugewinn für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und hier im besonderen eine Stärkung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen rechte Gewalt und für die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt.

### Über die Autorin

Manuela Rukavina ist Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg



# LEUCHTLINIE in den Medien



## Badische Zeitung

03. Juli 2016 15:57 Uhr

"AUF OFFENER STRASSE KRANKENHAUSREIF GESCHLAGEN"

### Rechtsextreme bedrohen Familie in Weil am Rhein

Über Monate hat ein Mann in Weil eine Familie drangsaliert, offenbar aus rassistischen Gründen. Rechtsextreme belagern das Haus der Familie, die Situation ist bedrohlich.



Rechtsextreme bedrohen eine Familie in Weil am Rhein. Foto: Bernd Thissen

Der Rollladen ist unten. Bens Zimmer\* liegt im Dunkeln. An diesem Morgen sollte er eigentlich wie seine Klassenkameraden auf den Achterbahnen des Europa-Parks durch die Luft wirbeln, kreischen, unbeschwerte Stunden erleben. Doch solche Ausflüge sind seit knapp drei Wochen zu gefährlich für den 15-Jährigen. Der Sportverein, der Besuch im Jugendcafé: zu unsicher. Seitdem vor ihrem Haus fast täglich Rechtsextreme aufkreuzen, fühlen sich Ben und seine Familie nur noch in ihrer Wohnung einigermaßen sicher. Gedämpft ist dort das Licht, gedrückt die Stimmung. Die 37-jährige Mutter, Anna\*, rührt in ihrer Kaffeetasse, erzahlt stockend: "Durchschnittlich stehen zwei Personen im Hof. Treten wir ans Fenster, versuchen sie, uns zu fotografieren", sagt sie. Als sie einmal auf dem Balkon rauchte und zu nahe ans Geländer trat, schaltete von unten eine Morddrohung herauf. Es ist nicht die erste, die Anna in den vergangenen Monaten hörte.

Die vierköpfige Familie wohnt im Stadtteil Friedlingen in Weil am Rhein. Die Klingelschilder neben der Eingangstüre deuten auf eine internationale Hausgemeinschaft hin. Der Vater

## Post HABER

**ANADOLU kelimesi anneye hürmetten gelir**  
 Stuttgart'ta konuşan Hulusi Kasim Usta, kadınları tarih boyunca önderleri için yemin ettiği bir kelimeyi kullanıyor: "Anadolular bizim için her şeydir".



### Irkcılıkla mücadele "HERKESİN GÖREVİ"





# Neue Beratungsstelle gegen Rechts hilft Flüchtlingen

Donnerstag, 14.07.2016, 10:15



**Vergrößern**  
**Teilen und Details**  
 dpa/Nikola Hüland Heval Demirdoğan und Christine Uhlmann posieren vor einem Plakat der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg (TGWB).  
 Flüchtlinge sind nach rechtssextremistisch motivierten Angriffen einer neuen Beratungsstelle zufolge besonders auf Hilfe angewiesen.

„Geächtete haben ganz andere Lebensbedingungen und sind oft auch trautes Projekt „Leuchtlinie“ Heval Demirdoğan, in Stuttgart. „So ein Vorfalle lässt Fugen geraten.“ Viele Flüchtlinge wussten nicht, wie sie sich schützen und gejagt, beschimpft oder mit Bierflaschen beworfen wurden. Die Beratungsstelle laufende Jahr vom Land ein Budget von 250.000 Euro bekommen.

dpa

© FOCUS Online 1996-2016

## Fotocredits:

dpa/Nikola Hüland  
 Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen ohne schriftliche Genehmigung der Leuchtlinie in Form von Kopien, Reproduktionen oder in anderen Medien für Zwecke der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden.



schwäbische.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

15.07.2016 (aktualisiert 11:12 Uhr)

Von Julia Hoff

## Beratungsstelle hilft Opfern rechter Gewalt

Die Weiterfinanzierung der Einrichtung ist noch offen



Mehr als 700 Teilnehmer mit fremdenfeindlichem Hintergrund hat die Beratungsstelle „Leuchtlinie“ seit Januar beraten. Foto: dpa

Stuttgart / sz Hfif, wenn sonst keiner helfen kann: Die Beratungsstelle „Leuchtlinie“ steht seit Januar Opfern rechter Gewalt aus ganz Baden-Württemberg zur Seite.

Martina L. (Name von der Redaktion geändert) traut sich nicht mehr, ihre zwei Kinder alleine in die Schule zu schicken. Einkäufe im Supermarkt oder Besuche beim Arzt plant sie Tage vorher. „Eigentlich sitzt ich nur zu Hause“, sagt die Mutter aus Heilbronn bei Wei am Rhein (Kreis Lössach). Ihr Mann ist dunkelhäutig, sein Vater stammt aus Westafrika. Seit mehreren Wochen fühlt sich die Familie von Rechtsextremen bedroht. Grund ist ein jahrelanger Nachbarschaftsstreit, der im Juni eskalierte. Martina wurde zusammengeschlagen.

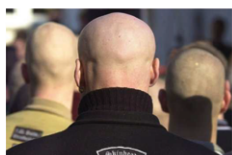
STUTTGARTER-ZEITUNG.DE

Türkische Gemeinde Baden-Württemberg

## Beratungsstelle gegen rechte Gewalt vorgestellt

Von redaktion 02. März 2016 - 15:48 Uhr

Opfer rechter Gewalt sollen besser unterstützt werden. Dazu betreibt die Türkische Gemeinde das Landesprojekt „Leuchtlinie“. Es soll Betroffenen im ganzen Südbaden helfen.



Die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg betreibt das Landesprojekt „Leuchtlinie“ gegen rechte Gewalt. Foto: dpa

Stuttgart - Mit einer neuen Beratungsstelle will das Land seine Hilfe gegen rechte Gewalt verbessern. Ziel sei es, bis zum Ende des Jahres in jedem Stadt- und Landkreis einen Berater zu haben, sagte der Leiter der sogenannten „Leuchtlinie“, Heval Demirdoğan, am Mittwoch in Stuttgart bei der Vorstellung des Projekts. Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg (TGWB) ist Träger der Einrichtung, die im vergangenen Jahr vom Land ausgeschrieben worden war. „Menschen sind betroffen von rechter Gewalt. Da müssen wir nicht nur die Mordserie des NSU nennen“, sagte Demirdoğan.

Für die türkische, aber auch andere Gemeinden mit Migrationshintergrund sei es ein wichtiges Signal, dass die Beratungsstelle von der TGWB betrieben werde, sagte Demirdoğan. „Es gibt das Gefühl der Sicherheit wieder zurück“. Auch würde so das Vertrauen darin steigen, dass der Staat Probleme aufarbeiten und lösen möchte.

12 12.1 - 2016

GÜNGEL

Merhaba



İsmail DOĞRUER

## AFD'nin seçimler için saldırı stratejisi!

Ayrıca de kapalıların içinde gittikçe hızlanıyor ve saase bölgeleşiyor. Ancak tek taraflı bir stratejiye bağlı olarak, özellikle 2017 seçimleri için, AFD'nin saldırı stratejisi, seçimler için belli bir hedefi belirliyor. AFD'nin saldırı stratejisi, seçimler için belli bir hedefi belirliyor. AFD'nin saldırı stratejisi, seçimler için belli bir hedefi belirliyor.

## „NSU cinayetleri konusunda yalan söylendi“

TOD Başkanı Özgür Sofuoğlu: „NSU cinayetleri ortaya çıktığında toplumdun yalan söylemek yerini suçlamaya bıraktı...“

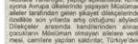


Merhaba (Stuttgart)

TOD Başkanı Özgür Sofuoğlu: „NSU cinayetleri ortaya çıktığında toplumdun yalan söylemek yerini suçlamaya bıraktı...“

## „Almanya, Mülheimlilerin haklarını veremedi“

AA (Ankara) - Türkiye İslami Hareketi (İHH) Başkanı Mustafa Yenerli, Almanya'da yaşanan NSU cinayetleri konusunda, Almanya'nın haklarını veremediğini söyledi.



AA (Ankara)

AA (Ankara) - Türkiye İslami Hareketi (İHH) Başkanı Mustafa Yenerli, Almanya'da yaşanan NSU cinayetleri konusunda, Almanya'nın haklarını veremediğini söyledi.

## AFD, Esslingen'de nabız yokluyor

AFD Stuttgart, Fellbach, Bad Cannstatt, Esslingen gibi yerleşim alanlarında cepheci görüşmelerde buluşuyor.



Merhaba (Stuttgart)

Esslingen'de düzenlenen görüşmelerde, AFD'nin nabız yoklaması yapıldı. AFD'nin nabız yoklaması yapıldı. AFD'nin nabız yoklaması yapıldı.



LEUCHTLINIE  
 Beratung für Betroffene von rechter Gewalt  
 in Baden-Württemberg

# Ansprechpartner in Baden-Württemberg

Einige in Baden-Württemberg aktive Organisationen haben sich im „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ zusammengeschlossen. Hier eine Auswahl an Ansprechpartner\_innen:

## **Landesprogramm DEMOKRATIE STÄRKEN!**

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Straßenbergstraße 38

70184 Stuttgart

Telefon: 0711 / 16 40 99-81

Fax: 0711 / 16 40 99-77

E-Mail: [mail@demokratie-bw.de](mailto:mail@demokratie-bw.de)

Homepage: [www.demokratie-bw.de](http://www.demokratie-bw.de)

## **Landeskoordinierungsstelle Demokratiezentrum**

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Schloßstr. 23

74372 Sersheim

Telefon: 07042 / 83 17 17

Fax: 07042 / 83 17 40

E-Mail: [info@demokratiezentrum-bw.de](mailto:info@demokratiezentrum-bw.de)

## **Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“**

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Telefon: 07042 / 83 17 30

Fax: 07042 / 83 17 40

E-Mail: [beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de](mailto:beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de)

## **Fachstelle „mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts“**

Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO)

Siemensstr. 11

70469 Stuttgart

Telefon: 0711 / 89 69 15-23 oder -26

Fax: 0711 / 89 69 15-88

E-Mail: [beratungsnetzwerk@lago-bw.de](mailto:beratungsnetzwerk@lago-bw.de)

## **„FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung“**

LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V.

Heilbronner Straße 180

70191 Stuttgart

Telefon: 0711 / 16 56-475

Mobil: 0173 / 748 96 12

Fax: 0711 / 16 56-329

E-Mail: [fex@demokratiezentrum-bw.de](mailto:fex@demokratiezentrum-bw.de)

## **Fachstelle „PREvention – Prävention von religiös begründetem Extremismus“**

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Telefon: 07042 / 83 17 11

Mobil: 0171 / 623 42 21

Fax: 07042 / 83 17 40

E-Mail: [prevention@demokratiezentrum-bw.de](mailto:prevention@demokratiezentrum-bw.de)

## **Anlauf- und Vernetzungsstelle Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Siemensstraße 11

70469 Stuttgart

Telefon: 0711 / 89 69 15 19

E-Mail: [vernetzung@lago-bw.de](mailto:vernetzung@lago-bw.de) oder [a.stelzel@lago-bw.de](mailto:a.stelzel@lago-bw.de)

Homepage: [www.lago-bw.de](http://www.lago-bw.de)

## **Elternberatungsteam – Kontaktstelle für Eltern und Angehörige von rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Baden-Württemberg**

Stiftung Jugendhilfe aktiv

Marktplatz 19

71032 Böblingen

Telefon: 0178 / 940 22 45

E-Mail: [T-REX@jugendhilfe-aktiv.de](mailto:T-REX@jugendhilfe-aktiv.de)

Homepage: [www.jugendhilfe-aktiv.de](http://www.jugendhilfe-aktiv.de)

## **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.**

Arbeitsgruppe Baden-Württemberg

Sprecherin: Birgit Kipfer

Krebsbacher Str. 34

71116 Gärtringen-Rohrau

Telefon: 07034 / 92 96 83

E-Mail: [kipfer.rohrau@t-online.de](mailto:kipfer.rohrau@t-online.de)

Homepage: [www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)

## **Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg**

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung

Werastr. 24

70182 Stuttgart

Telefon: 0711 / 24 83 94 46

E-Mail: [info.stuttgart@fes.de](mailto:info.stuttgart@fes.de)

Homepage: [www.fritz-erler-forum.de](http://www.fritz-erler-forum.de)

# Publikationen, Literatur, Downloads

Eine umfassende Sammlung an interessanten Publikationen hat LEUCHTLINIE auf der website [www.leuchtlinie.de](http://www.leuchtlinie.de) zusammengestellt.

Unter „Wissen“ finden sich Hinweise auf empfehlenswerte Literatur rund um das Thema Rechtsextremismus im Allgemeinen, sowie zum Umgang mit Rechtsextremismus. Außerdem sind weiterführende Links angegeben und eine Übersicht über Presseinformationen anderer Seiten im Internet, die sich mit der Thematik auseinandersetzen.

## **Informationen zum Download**

Zum Download stehen unter „Werbematerial“ Informationsplakate über LEUCHTLINIE auf Deutsch, in Leichter Sprache, auf Englisch und Arabisch zur Verfügung.



## Fortbildungen im Demokratiezentrum 2017

# Ausbildung zum „kommunalen Berater“, zur „kommunalen Beraterin Extremismus- prävention“

[www.demokratiezentrum-bw.de](http://www.demokratiezentrum-bw.de)

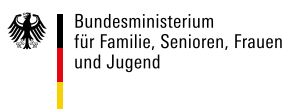
Landeskoordinierungsstelle



Im Auftrag von



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



